



Deutscher Bundestag

Enquete-Kommission Lehren aus
Afghanistan für das künftige vernetzte
Engagement Deutschlands

Wortprotokoll der 11. Sitzung

Enquete-Kommission Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands

Berlin, den 27. Februar 2023, 13:00 Uhr

Sitzungssaal 4.900 PLH

10557 Berlin, Paul-Löbe-Allee

Vorsitz: **Michael Müller, MdB (SPD)**

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigster Tagesordnungspunkt

Seite 4

Öffentliche Anhörung zum Thema

„Stabilisierungsphase und die Rolle der
Bündnispartner 2002 bis 2008: Zivil-militärische
Stabilisierung - Operative Umsetzung und
Wirkung“

Vorlage zur Anhörung:

Leitfragenkatalog der Fraktionen

Kommissionsdrucksache 20(28)09 (Anlage 1)



Eingeladene Sachverständige:

- Botschafter Hermann Nicolai
Auswärtiges Amt
(ziviler Leiter des Provincial Reconstruction Teams (PRT)
in Kundus 2009 und 2010/11 sowie
Director for Governance Support im
ISAF-Headquarter 2009/2010)
- Generalleutnant Bernd Schütt
Befehlshaber des Einsatzführungskommandos
der Bundeswehr, Schwielowsee
(2006: Kommandeur ISAF-Einsatz, Faizabad, Afghanistan;
2011: Deputy Chief of Staff Security, ISAF-Einsatz,
Mazar-e Sharif, Afghanistan;
2014: Kommandeur Regional Command North, Afghanistan;
2018-21: Abteilungsleiter Strategie und Einsatz im BMVg)
- Dr. Sima Samar
Ärztin, ehemalige afghanische Ministerin für
Frauenangelegenheiten, von 2002 bis 2005 Vorsitzende der
Unabhängigen Menschenrechtskommission in Afghanistan
(Zuschaltung per Videokonferenz)



Mitglieder der Enquete-Kommission

Abgeordnete

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Müller, Michael Schmid, Christoph Türk-Nachbaur, Derya	Fiedler, Sebastian Özoğuz, Aydan Sthamer, Nadja
CDU/CSU	Beyer, Peter Güler, Serap Hierl, Susanne	Brand, Michael Bröhr, Marlon Dr. Leikert, Katja Dr.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Gambir, Schahina Krämer, Philip	Düring, Deborah Spellerberg, Merle
FDP	Gerschau, Knut Sauter, Christian	Jurisch, Ann Veruschka Dr. Müller-Rosentritt, Frank
AfD	Nolte, Jan Ralf	Wundrak, Joachim
DIE LINKE.	Hunko, Andrej	Reichinnek, Heidi

Sachverständige Kommissionsmitglieder:

Prof. Dr. Anna Geis

Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim-Gießmann

Reiner Haunreiter

Dr. Michael Lüders

Prof. Dr. Carlo-Antonio Masala

Dr. Katja Mielke

Winfried Nachtwei

Egon Ramms

Prof. Dr. Ursula Schröder

André Wüstner

Jörg Vollmer

Dr. Ellinor Zeino



Beginn der Sitzung: 13:00 Uhr

Einzigster Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema „Stabilisierungsphase und die Rolle der Bündnispartner 2002 bis 2008: Zivil-militärische Stabilisierung - Operative Umsetzung und Wirkung“

Der **Vorsitzende**: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer vierten öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission Afghanistan. Ich begrüße auch unsere Gäste auf der Tribüne und diejenigen, die unsere Sitzung im Internet mitverfolgen, ganz herzlich. Ich möchte wie immer darauf hinweisen, dass die Aufzeichnung der Sitzung ab morgen in der Mediathek des Bundestages abzurufen ist. Auch die früheren Anhörungen kann man sich über die Mediathek noch einmal anschauen. Auf der Internetseite der Enquete-Kommission¹ sind auch die Eingangsfragen für unsere Sachverständigen veröffentlicht, welche sie immer vorab geschickt bekommen, sodass wir gut und schnell in das Thema starten können. Insofern können alle Interessierten gut nachvollziehen, wie sich unsere Arbeit in der Enquete-Kommission gestaltet und weiterentwickelt.

Die Kommission hat in den bisherigen Anhörungen jeweils einen bestimmten Zeitraum und einen Themenschwerpunkt genauer betrachtet. Für die heutige Anhörung haben sich die Mitglieder darauf verständigt, erneut den Zeitraum von 2002 bis 2008 und die internationalen Bemühungen um eine Stabilisierung des Landes zu beleuchten. Dabei sollen die Rolle der Bündnispartner bei der zivilen und militärischen Stabilisierung und die operative Umsetzung und Wirkung im Mittelpunkt stehen.

Ich möchte mich gleich zu Beginn ganz herzlich bei den drei eingeladenen Sachverständigen bedanken, die uns heute mit ihrem Sachverstand, mit ihrer Expertise, zur Verfügung stehen und ihre Position darlegen sowie uns in der an-

schließenden Diskussion zur Verfügung stehen werden. Ich begrüße zunächst ganz herzlich Frau Dr. Sima Samar, die heute per Video aus den USA uns zugeschaltet ist. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an die Dolmetscherinnen und Dolmetscher. Frau Dr. Samar ist eine afghanische Politikerin und Frauenrechtlerin. Sie hat als Ärztin unter anderem in afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan gearbeitet. Nach der Petersberg-Konferenz in Bonn war sie von 2001 bis 2002 erste Vizevorsitzende der Interimsregierung von Afghanistan und Ministerin für Frauenangelegenheiten. Später wurde sie Vorsitzende der afghanischen Menschenrechtskommission. Frau Dr. Samar, Sie haben einen umfassenden Einblick in die Thematik, der wir uns heute zuwenden. Einen herzlichen Gruß in die USA und ein großes Dankeschön dafür, dass Sie uns zugeschaltet sind.

Hier im Saal begrüße ich ganz herzlich Herrn Generalleutnant Bernd Schütt. Er ist Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Schwielowsee. Von dort werden die Einsätze der Bundeswehr geplant und geführt, so zum Beispiel auch die Beteiligung an den Operationen Enduring Freedom. Generalleutnant Schütt war selbst erstmals 2006 im ISAF-Einsatz und in Faizabad als Kommandeur des PRT, des regionalen Wiederaufbauteams. Später war er unter anderem Kommandeur des Regionalkommandos Nord in Mazar-e Sharif. Auch Ihnen, sehr geehrter Herr Generalleutnant Schütt, ein herzliches Willkommen.

Abschließend für die drei Sachverständigen begrüße ich ganz herzlich Herrn Botschafter Hermann Nicolai. Herzlich willkommen, Herr Nicolai. Sie sind seit 2018 deutscher Botschafter in Niger. Auch Sie waren in Afghanistan tätig, Sie waren im Jahr 2009 sowie von 2010 bis 2011 ziviler Leiter des regionalen Wiederaufbauteams in Kunduz. Von 2009 bis 2010 waren Sie im ISAF-Hauptquartier in Kabul der Director for Governance Support, das heißt Abteilungsleiter für Governance-Fragen in Zusammenarbeit mit der afghanischen Regierung. Auch Ihnen noch einmal ein herzliches Willkommen.

¹ [https://www.bundestag.de/ausschuesse/
weitere_gremien/enquete_afghanistan](https://www.bundestag.de/ausschuesse/weitere_gremien/enquete_afghanistan)



Meine Damen und Herren, ich will kurz einen Hinweis zum Ablauf geben. Wir hatten uns darauf verständigt, dass wir kurz und knapp miteinander diskutieren müssen, um auch in mehreren Frageunden die verfügbare Zeit gut zu nutzen. Unsere drei Sachverständigen haben die Möglichkeit, 10 bis 15 Minuten ihr Eingangsstatement vorzutragen. Daran schließen sich Fragerunden an, bei denen sich Regierungs- und Oppositionsfraktionen abwechseln. In einer ersten Runde stehen jeweils drei Minuten zur Verfügung. Die Fragestellung soll möglichst präzise sein und die Frage soll sich bitte direkt an einen oder eine Sachverständige richten. Ich möchte die Sachverständigen darauf aufmerksam machen, dass wir eigentlich davon ausgehen, dass Sie auch in drei Minuten antworten. Wir wissen, es ist sportlich. Wir schauen nicht auf jede Sekunde. Aber ich bitte Sie einfach um Verständnis. Wir wollen möglichst auch die Zeit haben für eine weitere Runde, um dann auch noch einmal Themen mit Ihnen vertiefen zu können und entsprechend nachfragen zu können. Ein kurzer technischer Hinweis noch, zur Erstellung des Protokolls erfolgt eine Tonaufzeichnung. Auftaktbilder von Journalisten hat es zu Beginn schon gegeben und ab diesem Zeitpunkt sind keine weiteren Ton- und Bildaufnahmen gestattet. Gibt es von Ihrer Seite noch Fragen zum Ablauf oder zu dem eben Gehörten? Das ist nicht der Fall. Dann sollten wir mit der Anhörung starten und ich bitte Sie als erstes, Frau Dr. Samar, um Ihr Eingangsstatement. Wir hören dann im Anschluss die beiden anderen Statements. Und dem schließt sich dann unsere Fragerunde an. Frau Dr. Samar, Sie haben das Wort.

Dr. Sima Samar² (ehemalige afghanische Frauenministerin): Guten Tag an alle und vielen Dank, dass Sie mich in diesen Prozess einbeziehen. Zur ersten Frage: Wie Sie schon sagten, gehörte ich der Regierung Karzai an, allerdings nur sechs Monate lang. Als wir nach Kabul kamen, lagen 23 Jahren Krieg und Zerstörung und verschiedene Regimes, die kamen und gingen, hinter Afghanistan. Es gab praktisch keine Rechtsstaatlichkeit und keine Institution, die als Regierung oder

staatliche Einrichtung im Lande funktionierte. Das war also eines der Probleme. Der zweite Punkt ist, dass die staatlichen Institutionen von den Leuten übernommen wurden, die zuerst in Kabul eintrafen. Es waren also nicht die Personen, die jemand eingestellt oder qualifiziert hatte; die Leute, die Ende November oder Anfang Dezember 2001 mit bewaffneten Gruppen in Kabul eintrafen, hatten die Positionen bereits eingenommen. Es wurde also nur der Minister eingestellt, aber alle anderen Mitarbeiter hatten sich bereits selbst eingesetzt.

Das dritte Problem waren die bewaffneten Gruppen, die bereits im Lande waren und als Polizei, nationale Sicherheitsorganisation und Armee fungierten. Es handelte sich nicht wirklich um eine nationale Armee oder eine ausgebildete Polizei. Es gab keine Infrastruktur. Zwar gab es einige alte Gebäude und kaputte Tische und Stühle, aber praktisch gab es nichts. Und es gab kein Geld. Präsident Karzai hatte kein Geld. Die Taliban hatten das Geld bereits mitgenommen, was auch immer da war, sie ließen nur einige der kleinen alten Afghanis zurück, die 10er-, 20er- oder 50er-Scheine, die voluminös waren, aber es waren vielleicht weniger als eine Million Afghanis. Aus meiner Sicht waren wir die Verpflichtung eingegangen, das Land wirklich voranzutreiben und ein demokratisches und inklusives Land zu schaffen und den Krieg und die Diskriminierung zu beenden. Der Präsident wollte mit den Taliban verhandeln. Er wollte nicht einmal die Worte „kriminelle Taliban“ oder „verrückte Taliban“ verwenden. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Wir hatten den 8. März, und ich musste seine Rede für diesen Tag schreiben, der, wie Sie alle wissen, der Internationale Frauentag ist. Ich schrieb, dass die kriminellen und verrückten Taliban zerstörerisch waren und Frauen diskriminieren, und wir haben alles persönlich und in Papierform überbracht. Er rief mich an und sagte, ich solle diese bösen Worte entfernen. Die Taliban sind unsere eigenen Leute. Wir sollten diese Wörter nicht verwenden. Ich sagte: „Ich kann es nicht für Sie umschreiben. Bitte lesen Sie die Punkte, die Ihnen nicht gefallen, nicht, aber

² Grundlage für das Protokoll sind die vom Sprachendienst des Deutschen Bundestages übersetzten englischsprachigen Redebeiträge.



die Taliban sind kriminell.“ Die Situation war, dass er daran interessiert war, die Taliban einzubeziehen, aber er hatte nichts. Sein Leibwächter wurde von Jamayat-E-Islami und nicht von ihm selbst eingestellt. Es gab eine Menge Forderungen im Land. Ich hatte nichts – vor allem ich nicht, denn das Ministerium für Frauenangelegenheiten existierte als Institution vorher nicht. Die UNDP gab mir also ein Auto, ein Satellitentelefon, einen Schreibtisch und einen Stuhl. Ich habe das Satellitentelefon nicht benutzt, weil ich nicht sicher war, wer die Rechnung bezahlen würde. Das war also das allgemeine Problem.

Die internationale Gemeinschaft kam nach Afghanistan, und zwar wie wir alle wissen – die Älteren werden sich noch an diese Tage erinnern – ohne Strategie, weil es lediglich ein Notfall war. Sie kamen und wussten ehrlich gesagt nicht, was sie tun sollten. Sie hatten keine Strategie parat. Und natürlich wollte jeder in diesen verschiedenen Gruppen eine Position haben, und jeder wollte Zugang haben. Wie ich bereits sagte, gab es auch keine Zusammenarbeit in der internationalen Gemeinschaft. Das war auch der Fall, als die Deutschen etwas tun wollten. Ich erinnere mich, als ich mit dem Botschafter sprach, der zur Schulung der Polizei kam, hatte er seine eigenen Vorstellungen, aber da die Amerikaner das Geld hatten, trafen sie auch die endgültige Entscheidung. Es gab, wie Sie wissen, die Kriegswirtschaft. Alle bewaffneten Gruppen waren an der Opiumproduktion und dem Opiumsmuggel beteiligt, was – neben den Waffen – der eigentliche Grund für die Instabilität ist.

Die zweite Frage, die Sie angesprochen haben: Wie ich bereits sagte, hatte die internationale Gemeinschaft leider keine klare Strategie. Wir wurden von Besuchern überrannt. Viele wollten kommen und ihre Solidarität mit der neuen Regierung in Afghanistan bekunden. Aber wir hatten keine Zeit, uns hinzusetzen und darüber nachzudenken, was wir eigentlich tun sollten. Die Interimsverwaltung gab es, wie Sie wissen, nur sechs Monate. In der Zwischenzeit waren wir auch auf Reisen; ich gehörte zu denen, die mit Präsident Karzai nach Deutschland reisten. Wir waren auch in Ihrem schönen Parlamentsgebäude.

Der andere Punkt, der wirklich große Auswirk-

ungen hatte, war die amerikanische Invasion im Irak. Die Amerikaner gingen 2003 in den Irak, bevor Afghanistan wirklich stabilisiert war. Präsident Bush verkündete nach sechs Monaten, dass Afghanistan eine Erfolgsgeschichte sei. Der Krieg in Afghanistan war gewonnen, und sie schenken Afghanistan keine wirkliche Aufmerksamkeit. Ich hatte ein persönliches Gespräch mit Condoleezza Rice, als sie nationale Sicherheitsberaterin von Präsident Bush war, und ich bat sie: „Bitte gehen Sie nicht in den Irak, bauen Sie Afghanistan als gutes Beispiel für ein demokratisches Land dank Ihrer Intervention auf, und gehen Sie dann in den Irak.“ Aber sie wollten nicht hören.

Wir hatten dann die Wahlen. Ich muss sagen, dass die Rolle von Khalizad persönlich nicht besonders konstruktiv war, weil er seine eigene Meinung hatte und in Afghanistan eine von den Interessen der amerikanischen Republikanischen Partei geleitete Politik verfolgte. Das Erste, was sie missachtet haben, war bei der Emergency Loya Jirga nach sechs Monaten dann die Regel und Vorschrift, dass die Volksvertreter gewählt werden sollten. Die Dschihadi-Führer wurden nicht gewählt, sondern eingesetzt. Ich erinnere mich an Khalilzad, Brahimi, Präsident Karzai und andere; damals wurde also damit begonnen, gegen die Vorschriften zu verstoßen. Mit der Demokratisierung und den Wahlen wurde dann beschlossen, eine Wahlkarte auszustellen, weil die Menschen keinen Personalausweis hatten. Eine Gruppe Personen, oder lassen Sie es mich klar ausdrücken, hauptsächlich Paschtunen und einige Tadschiken, kamen und sagten, dass sie nicht wollen, dass ihre weiblichen Familienmitglieder fotografiert werden. Also stellten sie die Wahlkarte nur mit dem Namen aus. Die Leute kamen mit einer Liste von 20-30 Frauennamen, und die Karten wurden ausgestellt. Das war der Beginn der Stimmrechtsvertretung oder Geisterwähler, wie wir sagen. Die Person, die als Exekutivdirektor verantwortlich war, Ghulam Farooq Wardak, ging in das paschtunische Gebiet und sagte den Leuten, dass sie die Wahlkarten annehmen sollten, weil sie sonst weniger Stimmen haben werden. Und sie gaben Kindern, die 12 und 13 Jahre alt waren, eine Wahlkarte und setzten



ihnen einen Turban auf den Kopf.³ Ich sagte, dass wir unseren Kindern beibringen, dass Demokratie Betrug ist. Das war etwas sehr Problematisches. Das Fehlen einer Strategie und das alles bedeutete einen Rückschritt für die alltäglichen Probleme.

Der andere Punkt, der für mich enttäuschend war, – und das sage ich ganz deutlich – ist, dass die internationale Gemeinschaft in den Gebieten, in denen es keine terroristischen Aktivitäten und keine Opiumproduktion gab, dem Wiederaufbau und der Entwicklung dieser Gebiete keine Aufmerksamkeit geschenkt hat. Wir haben darauf bestanden, dass sich die internationale Gemeinschaft auf diese Gebiete konzentrieren und ein Beispiel, eine entwickelte Provinz, aufbaut. Das hätte dann die Nachbarprovinzen, die in terroristische Aktivitäten und Opiumproduktion verwickelt sind, dazu ermutigen können, diese zu beenden. Aber das haben sie nicht getan. Ein Beispiel dafür ist Bamiyan. Sehen Sie sich den Betrag an, der in der Provinz Bamiyan ausgegeben wurde, und vergleichen Sie ihn zum Beispiel mit Uruzgan. Die fehlende Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft habe ich schon erwähnt. Der andere Punkt war, dass die Hauptprojekte, für die viel Geld zur Verfügung stand, an die Warlords oder ihre Verwandte vergeben wurden. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: den Straßenbau. Ich erinnere mich, dass ich zu Khalilzad sagte, „warum geben Sie alle diese Projekte an bestimmte Leute?“ Die Straßenbauprojekte gingen an Fahim, der damals Verteidigungsminister war. Khalilzad sagte, er wolle, dass Fahim sich um Geld kümmere und sich nicht in die Politik einmische. Wo Geld ist, ist auch Politik, das wissen Sie alle. Derjenige, der die Politik betreibt, verfügt über die Mittel. Ich habe mit den Leuten gekämpft oder sogar gestritten, dass sie arbeitsintensive Projekte an die Beteiligten, die jungen Leute, vergeben sollten. Beim Straßenbau sollte man sich nicht auf Maschinen verlassen. Ich weiß, dass Maschinen die Arbeit schneller erledigen, aber es sind nicht viele Menschen daran beteiligt. Die Menschen müssen eine Arbeit und ein Einkommen haben, damit sie sich verantwortlich fühlen. Aber das war natürlich nicht der Fall. Wer

hatte die Maschinen? Die, die Geld hatten, und das waren die Warlords oder die Opiumschmuggler und -produzenten.

Karzai war sozusagen eine Geisel in den Händen dieser mächtigen Leute. Als ich etwas für die Frauen verlangte, schaute er sich um und sagte: „Schwester, warum verlangst du, dass Frauen an allem beteiligt werden?“ Und ich sagte: „Weil wir das brauchen.“ Aber er versuchte, konservativ genug zu sein, um keine Probleme mit seinen Freunden zu bekommen. Das war der Grund, warum ich zur Rechenschaftspflicht aufgerufen habe. Als der erste Luftfahrtminister bestellt wurde, habe ich darauf bestanden, dass wir, wenn wir bei dieser Person nicht für Gerechtigkeit sorgen, nicht in der Lage sein werden, Gerechtigkeit für normale Afghanen zu schaffen. Die Personen, die an der Macht waren, waren daran beteiligt und deshalb waren sie sehr gegen mich und versuchten, mich von meinem Amt zu entfernen und sogar zu töten. Die Regierung und Karzai waren von Ausländern abhängig. Leider hatte er viele Berater aus verschiedenen Ländern und einheimische Berater, insbesondere Paschtunen, die darauf bestanden, dass er die Paschtunen stärker unterstützen sollte. Es begann mit Korruption und Vetternwirtschaft auf den verschiedenen Ebenen im Land, einschließlich bei der Ernennung der Gouverneure. Ich meine, hier sind Generäle anwesend und sie wissen, wie sich das im Norden Afghanistans ausgewirkt hat.

Ich glaube, die dritte Frage betraf positive Schritte; was sollte nun getan werden? Zunächst einmal bin ich der deutschen Seite sehr dankbar, dass sie die Enquete-Kommission ins Leben gerufen hat. Ich denke, sie sollte genügend Geduld und Zeit haben, um die wirklichen Schwächen zu finden – damit sie in Zukunft nicht wieder auftreten. Es kann also nicht so schnell gehen, wie wir wollen. Zweitens denke ich, dass die Demokratie auf einem starken Fundament und von den Menschen aufgebaut werden muss. Sie kam nicht mit den Bomben auf den Irak und Afghanistan. Wenn ich von einem „starken Fundament“ spreche, sollten wir nicht über die Grundsätze der

³ [Hinweis des Übersetzers: Bei den Paschtunen gilt ein Junge als Erwachsener, wenn ihm erlaubt wird, einen Turban zu tragen.]



Demokratie verhandeln. Ich erinnere mich, als der Wahlbeobachter der Europäischen Union 2004 das letzte Briefing mit uns hatte. Er sagte: „Für afghanische Verhältnisse war es frei und fair.“ Ich wurde wütend. Ich fragte: „Was sind afghanische Verhältnisse? Ein Standard ist ein Standard.“ Wir rufen zu freien und fairen Wahlen auf. Wir müssen die Menschen einbeziehen, um diesen Standard überall umzusetzen. Der dritte Punkt ist: Bitte unterstützen Sie die Leute, die wirklich an Demokratie, Menschenrechte und Gleichheit glauben und keinen kriminellen Hintergrund oder Korruption in ihrem Umfeld haben. Der andere Punkt ist, sich auf eine gute Qualität der Bildung zu konzentrieren, denn Bildung ist der Schlüssel zur Veränderung der Mentalität. Ich solidarisiere mich nicht mit den Taliban, aber in gewisser Weise sind die Taliban die Opfer des fehlenden Zugangs zu Bildung, weil diese Medresen gebaut wurden, um die UdSSR zu besiegen. Dieser Fehler sollte also nicht wiederholt werden, und die Religion sollte nicht als Kriegswaffe eingesetzt werden. Außerdem sind das Recht auf Familienplanung, der Zugang zur Gesundheit und zu den sozialen Grunddiensten wichtig.

Der **Vorsitzende**: Könnten Sie bitte langsam zum Ende kommen, damit wir die Chance haben, Ihnen auch noch Fragen stellen zu können? Wenn Sie es etwas kürzen könnten, bitte.

Dr. Sima Samar (ehemalige afghanische Frauenministerin): Nur noch ein Satz: Die andere Sache ist die Rechenschaftspflicht, und die Gerechtigkeit sollte nicht vergessen werden. Die Menschenrechte sollten nicht verhandelt werden. Das heißt, die Menschenrechte sind ein universelles Prinzip, und wir alle sollten das respektieren. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Ich danke Ihnen für Ihr Eingangsstatement und wir schließen gleich mit Generalleutnant Schütt an.

Bernd Schütt (Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, sehr verehrte Damen und Herren! Ich danke für die Einladung zum Kurzvortrag und freue mich auf die Diskussion zu meinen Erfahrungen als Kommandeur des PRT in Faizabad

im Jahre 2006. Das ist inzwischen schon über 16 Jahre und damit eine Soldatengeneration her.

Da die Vortragszeit knapp bemessen ist, möchte ich direkt in die Fragen einsteigen und Ihre erste Frage beantworten: Welche Erkenntnisse aus Ihrer damaligen Funktion als PRT-Kommandeur ziehen Sie aus Ihrem Einsatz in Afghanistan? Wie gut passten damals afghanische Realität und politischer Auftrag zusammen? Hierzu möchte ich feststellen, dass Badachschan in Bezug auf fast alle Entwicklungsaspekte und Eindrücke eher dem Jahr 1385 entsprach, das im Islamischen Kalender zu diesem Zeitpunkt geschrieben wurde, als dem Jahre 2006 westlicher Prägung. Insofern war es für mich trotz mehrerer Einsätze in Bosnien so etwas wie ein Kulturschock. Während der ersten sechs Einsatzmonate reifte bei mir zunehmend die Erkenntnis, dass – das möchte ich in Klammern setzen – strategische Geduld, eine möglichst ressort- und international übergreifend abgestimmte Strategie sowie in deren Umsetzung eine Taktik der kleinen Schritte bei gleichzeitiger Akzeptanz der Afghan Ownership – so wie eben auch gehört – grundlegende Voraussetzungen für einen nachhaltigen Erfolg vor Ort sein würden, um Überforderung auf der einen Seite und Enttäuschung auf der anderen Seite zu vermeiden.

Der Auftrag des PRTs war damals dreigeteilt. Da war zunächst die Unterstützung der Provinzregierung bei der Armee- und Polizeireform, der Zusammenarbeit mit der Afghan Police, und dem Wiederaufbau der Provinz Badachschan. Der zweite Auftrag lautete: Beitrag zur Sicherstellung eines sicheren Umfeldes durch Präsenz im Verantwortungsbereich, Nachrichtengewinnung und Aufklärung, Maßnahmen der zivilmilitärischen Zusammenarbeit, Schutz von Schutzbefohlenen sowie Hilfsbedürftigen, stete Verbesserung und Anpassung des Selbstschutzes. Der dritte Auftrag lautete: enge Zusammenarbeit mit der Provinzregierung, mit GOs und NGOs für die Bereiche Sicherheit und Abstimmung von Entwicklungsmaßnahmen, Entwaffnung von illegal bewaffneten Gruppen, der sogenannte Dayak-Prozess, humanitäre Hilfe und Notfallmanagement. Nach meiner Bewertung ein umfassender Auftrag mit viel Handlungsspielraum. Allerdings ohne definierte Ziele, Zeitlinien und Gesamteinordnung. Die Ziele waren damit im Wesentlichen



im Rahmen der vorhandenen Kräfte und Mittel selbst zu definieren.

Auf welche Rahmenbedingungen traf dieser Auftrag? Da ist zunächst und zuvorderst die Geografie zu nennen. Die Randslage der Provinz hatte dazu geführt, dass bis 2006 weitgehend jegliche Entwicklung an dieser Provinz vorbeigegangen war. Die Größe betrug 150 Kilometer in West-Ost- und 300 Kilometer in Nord-Süd-Ausdehnung. Dies entspricht mit rund 45.000 Quadratkilometern in etwa der Größe Dänemarks. Es standen mir an taktisch beweglichen Kräften 150 Kameradinnen und Kameraden zur Verfügung. Die Bevölkerung wurde auf eine Million geschätzt. Eine offizielle Registrierung gab es nicht. Die Infrastruktur war, wenn überhaupt vorhanden, in einem katastrophalen Zustand. Die durchschnittliche Höchstgeschwindigkeit auf den sogenannten Straßen – es waren im Grunde nur Dirt Strips – betrug, wenn es gut lief, circa 25 Kilometer pro Stunde, und die Straßen forderten Mensch und Material auf das höchste. Die Entfernung zu unserem nächsten ISAF-Nachbarn, dem PRT Kunduz, betrug 240 Kilometer auf dem Landweg und erforderte je nach Jahreszeit zwischen 8 und 24 Stunden Fahrtzeit. Darüber hinaus machten Tauwetter im Frühjahr, Dürre im Sommer, Lawinen im Winter und wiederkehrende Erdbeben Wege und Flussübergänge in weiten Teilen der Provinz häufig unpassierbar. Über eigene Hubschrauber verfügte das PRT nicht. In der Folge war eine flächendeckende, dauerhafte Präsenz zur Unterstützung der Provinzregierung nicht möglich. Eine punktuelle Schwerpunktsetzung war unumgänglich.

In Bezug auf unsere afghanischen Partner, ich nenne sie jetzt mal die Administration der Provinz, ergab sich zu Einsatzbeginn folgendes Lagebild: Ein durch den Präsidenten Karzai eingesetzter, von der Bevölkerung nicht wirklich akzeptierter, Gouverneur paschtunischer Herkunft mit russischer Universitätsausbildung – und das im tadschikisch bestimmten Norden Afghanistans, der seinerzeit, wie bekannt, gegen die Russen standgehalten hatte. Eine rudimentäre Polizei mit einem katastrophalen Ausrüstungs- und Ausbildungszustand, sofern überhaupt vorhanden, und mit einem im Drogenschmuggel involvierten Polizeichef, der sich zur Hälfte meiner Einsatzzeit

mit mehreren Säcken Opium und Heroin im wahrsten Sinn des Wortes über Nacht aus dem Staub machte und wir damit einen neuen Ansprechpartner brauchten. Es gab jede Menge unkontrollierter, nicht registrierter Waffen, Munition und Sprengmittel. Es gab zwei verfallene Kasernen, in der Provinz in Gänze noch ein paar mehr, jedoch keinerlei offizielle Streitkräfte. Dafür existierten örtlich bewaffnete Milizen, die nicht nur in Faizabad von den bereits erwähnten Warlords, zum Teil auch durch Kriegsverbrecher, geführt wurden. Dies verstärkt durch eine durch die Bevölkerung zum Teil offen artikuliert abgelehnte Zentralregierung – so wurde seinerzeit berichtet – im weit entfernten Kabul, welche die patriarchischen Strukturen der Region, die durch Stammes- und Ethnienzugehörigkeiten geprägt war, weitgehend außer Acht ließ. Eigene Kräfte reichten angesichts der Größe des Raumes, den geografischen Herausforderungen und den Rahmenbedingungen des Einsatzes bei weitem nicht aus, Sicherheit in der Provinz herzustellen und das Gewaltmonopol des Staates durchzusetzen. Die politisch gewünschte Förderung von Zentralstaatlichkeit war stark dadurch behindert, dass dieser Ansatz von der Bevölkerung nicht wirklich mitgetragen wurde, weil unter anderem regionale Besonderheiten wie ethnische Zusammensetzung, Geschichte, Geografie und – wie eben auch schon erwähnt – Entwicklungsstand nicht beachtet wurden.

Vor diesem Hintergrund widme ich mich nun der zweiten gestellten Frage mit ihren vier Unterfragen. Waren Kräfte, Fähigkeiten und Ressourcen zur Durchsetzung des PRT-Auftrages damals ausgewogen? Welche Wirkungen wurden erzielt? Wie hat sich die Sicherheitslage damals im Norden entwickelt und welche Rolle spielten die PRTs? Hierzu möchte ich zunächst einen Blick auf die Zusammensetzung der PRTs werfen. Die Führung erfolgte durch eine Doppelspitze. Der militärische Anteil wurde durch einen deutschen Oberst, meine Person, der zivile Anteil des PRT durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes geführt. Bei mir war es damals Herr Pilz. Diesem waren Anteile des BMI und BMZ, des kroatischen Außenministeriums, kroatischen Innenministeriums, sowie der Hilfsorganisation USAID, ich möchte sagen, lose zugeordnet. Eine Weisungsbefugnis gab es nicht. Die Vertretung



nach außen erfolgte in der Regel durch mich als militärischen Kommandeur. Der Stab war multinational gegliedert. Das PRT hatte zu meiner Einsatzzeit eine personelle Stärke zwischen 360 und 400 Personen. Der zivile Anteil setzte sich aus 12 Personen zusammen. Insgesamt betrug das Verhältnis von militärischen Unterstützungskräften – also wichtige Funktionen wie Sanität, Instandsetzung, Umschlag, Feldlager-Betrieb et cetera – zu militärischen Einsatzkräften 1,5 zu 1 und war damit annähernd ausgeglichen. Das Verhältnis zivil zu militärischem Personal hingegen betrug 1 zu 30. Dem militärischen Anteil fiel im Wesentlichen der Schutz und die Unterstützungskomponente zu, die für die zivile Arbeit – ich möchte sagen zum Teil, aber darüber hören wir bestimmt noch etwas – unabdingbar war. Welche Wirkung haben wir mit dem zivil-militärischen Team in sechs Monaten erzielen können? Die drei erwähnten Aufgabenfelder waren eng miteinander verwoben. Wobei nach meinen Erfahrungen eine halbwegs stabile Sicherheitslage entscheidende Voraussetzung für eine funktionierende zivil-militärische Zusammenarbeit und damit auch für die Entwicklung in der Region war und sicherlich auch heute noch in anderen Regionen der Erde ist. Als Grundsatz galt für uns schon damals Afghan Ownership zur Stärkung der afghanischen Selbstverantwortung sowie eine möglichst langfristige Ausrichtung der Maßnahmen. In diesem Rahmen erfolgte unter anderem die Ausbildung der afghanischen Polizei – sowohl afghanischer nationaler Polizei als auch Border Police – in Faizabad durch Vertreter des BMI und unsere Feldjägerkräfte, einschließlich der Einrichtung einer Polizeistation. Es erfolgte die Etablierung eines Afghan Provincial Security Co-Operation Centers, gemeinsam mit den Mitarbeitern des BMI und finanziert aus meinem Handgeld, um in Krisenlagen und Notfällen schnell reagieren zu können. Auf Vorschlag der Mitarbeiter des BMZ konnten wir einen Provincial Development Plan gemeinsam mit der Provinzregierung auf den Weg bringen. In diesem Rahmen gelang es uns mit vereinten Kräften den Bau und die Eröffnung der Girls School Number One in der Provinz zu verwirklichen. Darüber hinaus haben wir Katastrophenhilfe im Rahmen von Lawinenunfällen, Erdbeben und Erdbeben geleistet, indem wir Menschen befreit und entlegene Regionen mit Hilfsgütern versorgt

haben. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung wurde mit eigenen Sanitätskräften im Rahmen freier Kapazitäten unterstützt. Vorrangig ging es hier um Frauen, Kinder und Sicherheitskräfte. Insgesamt – ich habe nachgeschaut – hatten wir seinerzeit 1.815 Behandlungen in sechs Monaten. Das entspricht zehn medizinischen Behandlungen pro Tag. Durch eigene CIMIC-Maßnahmen, also Civil-Military Co-operation, zivil-militärische Zusammenarbeit, die auch dem Eigenschutz dienen sollte, haben wir eine Grundschule in Stand gesetzt und erweitert – übrigens an Herrn Wüstner: dies taten wir mit Spendengeldern des Deutschen Bundeswehrverbandes. Wir haben Winterhilfe für Waisenhäuser durch Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Brennholz und Decken geleistet, finanziell unterstützt durch die Soldaten-Initiative Lachen Helfen e.V. Und wir haben ein Schülerwohnheim renoviert. Darüber hinaus waren wir in der bettelarmen Provinz ein bedeutender lokaler Wirtschaftsfaktor, indem wir örtliche Arbeitskräfte und örtliches Baumaterial für den Ausbau des PRT verwandt haben. Ich hatte bis zu 600 lokale Angestellte beim Ausbau des PRTs. Insgesamt ist dies aus meiner Sicht eine Bilanz, die in ihrer Wirkung regional begrenzt, aber angesichts der Rahmenbedingungen einschließlich der zur Verfügung stehenden Zeit akzeptabel war. Hierzu ist festzustellen, dass die Truppe, zivil wie militärisch, den Auftrag, ich möchte sagen, gelebt hat. Es war ein besonderes Erlebnis, dort dienen zu dürfen und dies trotz eigener Gefährdung.

Bezüglich der Sicherheits- und Bedrohungslage ist festzustellen, dass diese sich in den einzelnen Distrikten deutlich unterschied. Sie reichte von „hoch gefährdet“ in Faizabad, begründet durch den Machtkampf des Gouverneurs mit dem illegalen Machthaber vor Ort, über „medium“, in erster Linie hervorgerufen durch organisierte Kriminalität, bis hin zu „niedrig“ oder auch „unbekannt“ in den weiter abgelegenen Regionen. Insgesamt erfolgten zwischen April 2005 und Juli 2006 gegen das PRT oder Kräfte des PRTs 24 Angriffe. Davon geschahen zehn während meiner Zeit als Kommandeur. In sechs Fällen waren Verwundungen, Gott sei Dank keine Gefallenen zu beklagen. Eigene Mittel, uns gegen Raketen- oder Mörserbeschuss zu wehren, hatten wir damals



ebenso wenig wie Drohnen, die eine abstands-fähige Überwachung ermöglicht hätten. So waren wir über die Koalitionsflugzeuge dankbar, die sich im sogenannten Orbit befanden, bei Bedarf abgerufen werden konnten und auch in der Regel kamen.

Dies führt mich zur dritten Frage: Welche Hinder-nisse und Schwierigkeiten ergaben sich bezüglich Lagebild, Kommunikation und Abstimmung sowie Kooperation zwischen den Ressorts sowie mit anderen lokalen und internationalen Akteuren, speziell den Vereinigten Staaten von Amerika? In diesem Zusammenhang sind erneut zunächst die geografischen Herausforderungen zu nennen. In einer Provinz, in der Straßen de facto nicht vorhanden sind, ist eine auf der Karte vergleichsweise geringe Entfernung von nur 40 Kilometern bereits eine Tagesreise. Bei einer Ver-fügbarkeit von rund 150 Einsatzkräften bei 45.000 Quadratkilometern war es daher, wie bereits er-wähnt, notwendig, die 28 Distrikte zu prio-risieren. Die Entwicklung fand damit in erster Linie in den nähergelegenen Distrikten statt, große Teile der Provinz wurden nicht erfasst. Damit blieben alte Machtstrukturen und Rückzugsräume unverändert.

Die Zusammenarbeit mit der Provinzregierung und den lokalen Autoritäten verlief aus meiner Sicht aufgeschlossen und zielorientiert. Die Ver-bindung zur Provinzregierung, örtlichen Sicher-heitsorganen und IOs sowie NGOs erfolgte durch die regelmäßige Teilnahme an den stattfindenden Besprechungen. Hierzu zählten das wöchentliche Security Meeting zur Sicherheitslage, das Dayak-Meeting bezüglich der Entwaffnung und der In-tegration illegal bewaffneter Gruppen, das Poppy Elimination Meeting, kurz PEP, zwecks Ko-ordination der Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenanbaus sowie der unregelmäßig durch-geführte Provincial Council, in dem Maßnahmen zur Entwicklung der Provinz und der Distrikte beraten wurden.

Von besonderer Bedeutung waren neben den formalen Gesprächsformaten persönliche Be-ziehungen und direkte Kooperation, die das PRT durch seine Räumlichkeiten ermöglichte, ins-besondere mit den großen Hilfsorganisationen, wie das World Food Programme und mit dem

Vertreter von USAID. Letzterer war ein wirklicher Force Multiplier, der über erhebliche finanzielle Mittel verfügte, die er – und das war deutlich anders als bei anderen – relativ eigenverantwort-lich einsetzen konnte und davon in Abstimmung mit der Führung des PRTs auch Gebrauch machte.

Die Herausforderung bestand darin, dass es zwar viele Koordinationsformate gab, aber sich nicht alle koordinieren lassen wollten. Hintergrund hierfür waren die besonderen Beziehungs-geflechte, die gegenseitigen Abhängigkeiten und die unterschiedlichen Zielsetzungen von afghan-ischen Führungspersönlichkeiten, aber auch von GOs und NGOs, sowie eine fehlende strategische Steuerung der Sicherheits- und Entwicklungs-maßnahmen sowohl aus Kabul heraus als auch aus der internationalen Gemeinschaft. Aus meiner Sicht konnte das PRT in Faizabad dennoch den Auftrag – ich möchte sagen: in hoher Abhängig-keit von äußeren Rahmenbedingungen und örtlich begrenzt – erfüllen. Eine fehlende Strategie ver-hindert aus meiner Sicht nicht zwangsläufig takt-ische Erfolge.

Dies führt mich zu Ihrer vierten und gleichzeitig letzten Frage: Welche Lehren würden Sie für künftige zivil-militärische Stabilisierungs- operationen anregen, besonders für den deutschen Beitrag? Hierzu möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Die politische Leitung, die militärische Führung und die Öffentlichkeit sollten sich den Realitäten vor Ort stellen, auch den Blick ins Gelände nehmen und Geduld mit Entwicklungs-prozessen zeigen sowie lernen Rückschläge hinzunehmen. Hierzu ist von Anfang an ein realistisches Erwartungsmanagement erforderlich. Zu hoch gesteckte Ziele und Wunschdenken hel-fen keinem, sondern schaden letztendlich der Sache. In diesem Rahmen sollten zu erreichende Ziele – phasenweise – klar bestimmt und das weitere Engagement vom Erreichen dieser Zwischenziele abhängig gemacht werden. Ich bin ein Verfechter des Condition-Based Approach. Hierfür ist regelmäßig das Erreichte nüchtern und sehr pragmatisch, national wie international, zu überprüfen, und hierfür sind Ziele und Methoden anzupassen, bei Bedarf auch nach unten. Das er-forderliche Durchhaltevermögen, zivil wie mili-tärisch, ist schon bei der Zieldefinition als eine bestimmende Größe von Beginn an mitzudenken.



Vor diesem Hintergrund ist unter anderem der Umfang der zivilen Beteiligung ebenso wie der des militärischen Engagements in das Verhältnis zur Aufgabe zu setzen. Ziele und Fähigkeiten, nicht Obergrenzen, sollten das Mandat bestimmen.

Die Truppe ist der Lage angemessen auszustatten, insbesondere in Bezug auf Schutz und Beweglichkeit und darüber hinaus mit, so will ich es mal nennen, robusten Rules of Engagement zu versehen, um bei Bedarf über die notwendige Eskalationsdominanz zu verfügen. Dies ist wichtig und notwendig für den Schutz der Truppe, für das Vertrauen in die Führung und die Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung und dem Gegner.

Im Rahmen des ressortübergreifenden Ansatzes sollten Projektmittel ausreichend, verlässlich und wenn möglich international koordiniert zur Verfügung gestellt, sowie nationale Billigungsverfahren vereinfacht werden. Über allem sollte aus meiner Sicht die Erkenntnis stehen, dass ein Einsatz militärischer Kräfte grundsätzlich nur eine temporäre Stabilisierung der Sicherheitslage ermöglicht, die eigentliche Lösung der Ursachen eines Konflikts aber nur durch Politik und Diplomatie sowie durch die Gesellschaft des Krisenlandes im Verbund mit entsprechend geförderter, sichtbarer Entwicklung erfolgen kann. Der PRT-Einsatz war dazu meines Erachtens ein gangbarer Weg, der im Wiederholungsfall jedoch von den beteiligten Ressorts in noch stärkerem Maße mitgetragen, entsprechend alimentiert und hinsichtlich Zielsetzung und Ansatz besser national wie international koordiniert werden sollte, als dies im Jahr 2006 der Fall war.

Danke für die Aufmerksamkeit, ich freue mich auf die Fragen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Nun folgt Herr Botschafter Nicolai.

Hermann Nicolai (Auswärtiges Amt): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit zu reflektieren, was wir damals gemacht haben. Ich spreche mit Erfahrungen aus einer etwas anderen Zeit, als sich

die Situation in Afghanistan sicherheitsmäßig schon deutlich verschlechtert hatte.

Ich glaube, ganz viele der Schlussfolgerung, die ich hätte vortragen wollen, hat General Schütt gerade eben schon vorgetragen. Ich habe aber trotzdem ein paar Bemerkungen, die, glaube ich, sehr schön ergänzen werden, was General Schütt vorgetragen hat.

Wenn wir vom vernetzten Ansatz sprechen, dann glaube ich, ist das PRT-Konzept bloß eine der operativen Ausformungen. Das, glaube ich, muss einem klar sein. Ich komme gerade aus einem Land, in dem wir auch vom vernetzten Ansatz sprechen, Niger, beziehungsweise aus einer Region, der Sahel-Region. Dort sieht der vernetzte Ansatz aber völlig anders aus, als er damals in Afghanistan ausgesehen hat. Ich glaube, das muss man immer im Hinterkopf haben. Ich glaube, der PRT-Ansatz, über den wir heute sprechen, war in einem geografisch, ethnisch, bevölkerungsmäßig, linguistisch und sprachenmäßig fraktionierten Land schon der richtige Ansatz. In die Provinzen zu gehen, muss man beim vernetzten Ansatz so nicht machen, aber in Afghanistan, glaube ich, war es das passende Format für die Umstände in dem Land.

Hinsichtlich der Erfolgsfaktoren stellt sich mir zunächst die Frage: Aus welcher Perspektive? General Schütt hat es sehr schön gesagt mit den Worten: „Fehlende Strategie verhindert nicht taktische Erfolge“. Ich werde jetzt die lokale Perspektive einnehmen. Ich glaube, lokal gesehen hatten wir eine ganze Reihe von Erfolgen, General Schütt hat sie auch vorgetragen. Für Kunduz könnte ich das weiter ausführen. Wenn man die nackten Zahlen nimmt, wie die in die Schule gehenden Kinder: Wie viele waren das vorher, wie viele waren das nachher? Da kommt man auf ganz beeindruckende Zahlen. Bei den Krankenhausbetten, der Gesundheitsversorgung, kann man überall nachweisen, dass wir da viel geleistet haben. Trotzdem war das gesamte Afghanistan-Engagement, das sehr stark auf dem PRT-Ansatz fußte, im Rückblick natürlich kein großer Erfolg.

Zu den Erfolgsfaktoren vor Ort, für die lokalen Erfolge: Meine Erfahrung schöpfe ich nicht nur aus der Zeit in Kunduz, sondern auch aus der Zeit



in Kabul, als ich zusammen mit dem Abteilungsleiter Stabilisierung im ISAF-Hauptquartier eine ganze Menge PRTs ein ganzes Jahr lang – das Jahr 2010/2011 – in ganz Afghanistan besuchen durfte. In Bezug auf die Erfolgsfaktoren ist, glaube ich, das Wichtigste, dass die PRTs verstehen mussten – und sie haben es nicht alle in gleicher Intensität verstanden –, dass sie vor Ort waren, um Regierungspolitik zu unterstützen. Sie waren nicht vor Ort, um lokale Entwicklungserfolge nachzuweisen und zu ermöglichen. Das wäre sozusagen nur die Ausformung dessen gewesen, was der Grundauftrag war. Der Grundauftrag war, dass sie helfen Regierungspolitik umzusetzen, dass sie der Bevölkerung vor Ort sichtbar machen, dass sie eine Regierung hat, die sich natürlich in dem Bewusstsein und in der Wahrnehmung der Menschen zweigestaltig darbot. Das eine war die lokale Ebene, der Provinzgouverneur mit seinen Bezirksgouverneuren und die örtliche Verwaltung, aber es gab auch einen afghanischen Staat, eine Zentralregierung, von dem zumindest in der Theorie die Ressourcen kommen sollten.

Und zumindest bis 2011, als ich noch in Kunduz war, war es unsere Grundannahme, dass wir immer noch zum Nation Building vor Ort waren. Das hat sich wohl nachher in unserer Eigenwahrnehmung geändert, aber zu der Zeit war es noch der Auftrag, beim Nation Building zu helfen. Dabei war es wichtig, dass die PRTs in ihren Aktivitäten strikt auf die Umsetzung von Regierungspolitik vor Ort ausgerichtet waren. Das hieß, dass das PRT immer nur in seiner unterstützenden Form für den Gouverneur, für die Bezirksgouverneure, aber nicht als eigener, selbstständiger Akteur wahrgenommen werden sollte, an den sich Menschen in ihrer Not, weil sie keine Schule oder keine ausreichende Gesundheitsversorgung hatten, wenden sollten und wenden könnten. Ziel der PRTs musste es sein, die Provinzverwaltung so diskret zu unterstützen, dass die Menschen zum Gouverneur, zum Direktor für Bildung oder zum Direktor für Gesundheit gegangen sind und dort ihre Anliegen vorgebracht haben.

Ich sage das deshalb, weil das den PRTs landesweit sehr unterschiedlich gelungen ist. Es gab Provinzen, wo die PRTs als ganz starke eigene Akteure wahrgenommen worden sind. Es gab

auch Provinzen – dazu zähle ich die Provinzen Faizabad und Kunduz, in denen wir präsent waren – wo es in der Bevölkerung gut angekommen war, dass man mit seinen Kümernissen nicht ans PRT geht, sondern dass man zur Provinzverwaltung geht. Für das PRT selbst war die enge Abstimmung untereinander und das einheitliche Auftreten gegenüber der Provinzverwaltung wichtig. Auch das ist in den verschiedenen Provinzen sehr unterschiedlich gut gelungen. Auch da glaube ich wieder, dass wir in den deutsch geführten PRTs gar nicht so schlecht waren. Es gibt aber eine ganze Reihe von Beispielen, wo die Provinzverwaltung ganz deutliche Unterschiede im Auftreten von dem zivilen Teil des PRTs und dem militärischen Teil des PRTs wahrgenommen hat und das durchaus auch ausgenutzt hat.

Die Vernetzung vor Ort mit den Vereinten Nationen und den Nichtregierungsorganisationen war ganz wichtig. Für das gute Funktionieren des PRTs schien mir immer ein ganz besonders wichtiger Punkt zu sein, dass der zivile Teil – dazu zähle ich auch CIMIC, obwohl die Kameraden natürlich Uniformträger waren – und die zivilen Aktivitäten des PRTs bei den Soldaten sehr, sehr gut sichtbar waren. Mein Eindruck war immer, dass die Soldaten einen guten Teil ihrer Motivation für ihre harte Aufgabe vor Ort daraus gezogen haben, dass sie gesehen haben: Entwicklungsmäßig und stabilisierungsmäßig tut sich etwas vor Ort. Das war für die Gesamtaufgabenerfüllung des PRTs ein ganz wichtiger Teil des zivilen Teils im PRT.

Erfolgsfaktoren waren sichtbare Maßnahmen, die der Provinzregierung und nicht dem PRT zugeordnet werden und eine angemessene Ressourcenausstattung, wie wir schon gehört haben. Vor allem wenn es um Situationen geht, in denen Sicherheit eine große Rolle spielt – mein Erfahrungshorizont erstreckt sich von 2009 bis 2011: Das war damals die Zeit, als Kunduz 2009/2010 zur Hälfte von den Taliban eingenommen war und dann durch die Operation Halmazag von der starken Talibanpräsenz wieder fast ganz befreit wurde – manchen ist dies vielleicht noch in Erinnerung. In so einer Situation war Schnelligkeit ein ganz wichtiges Element, um den Menschen zu zeigen, dass, wenn es mehr Sicherheit gibt, sich auch schnell wirtschaftlich wieder etwas tut.



Hierzu gibt es das Beispiel der Straße von Char Darah, „Little Pluto“ genannt – die Bundeswehrkameraden kennen sie vielleicht noch. Sie wurde damals vor der Operation Halmazag geplant, in dem Wissen um den Operationsverlauf dieser Operation, die sich über mehrere Wochen, wenige Monate hingezogen hat und die praktisch komplett ausgeplant war. Die Ressourcen waren da und mit dem Tag als die Operation abgeschlossen war und Char Darah wieder für die Provinzverwaltung, die Bundeswehr und auch für die Zivilen im PRT zugänglich war, hat der Straßenbau begonnen. Dieser war auch wiederum innerhalb weniger Wochen abgeschlossen, sodass die Menschen gemerkt haben: Es macht schon einen Unterschied, dass wir jetzt unsere Melonen nicht mehr holprig und dann zermatscht und zerschlagen auf den Markt bringen, sondern wir haben eine geteerte Straße und wir kriegen etwas für unsere Melonen. Oder aber für all die vielen, denen es ein Anliegen war, ihre Kinder in die Schule zu bekommen und die ihre Kinder nun in die Schule schicken konnten, weil der Weg zur nächsten Schule nicht mehr allzu weit war.

Ein anderer wichtiger Punkt mit Hinblick auf die Erfolgsfaktoren: Förderung lokaler Dialoge. Warum haben die PRTs dort eine Rolle gespielt? Weil es für die Akteure vor Ort, aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen kommend, nicht immer ganz einfach war miteinander zu sprechen. Sie wussten zwar schon, wie sie miteinander sprechen konnten, aber zusätzliche Anreize miteinander zu sprechen haben doch oft bewirkt, dass manches in den Unterhaltungen zwischen den Paschtunen und den Tadschiken vor Ort – das war in Kunduz der Fall – deutlich schneller zustande gekommen ist und auch glatter verlief. Es gab im Hintergrund entweder ein paar organisatorische Maßnahmen, um das zu erleichtern oder aber auch Anreize, sich über Dinge zu verständigen, um dann wieder eine bestimmte Straße bauen zu können, weil sich zwei Clans einigen konnten.

Und schließlich gehört zu den Erfolgsfaktoren auch die Kenntnis des Gegners; das will ich mit einem Beispiel unterlegen: Gemeint ist nicht unbedingt zu wissen, wie viele Taliban oder welche Gruppen gerade im Raum sind, sondern auch zu verstehen, wie die Dynamiken sind. Und ich

glaube, darin waren wir nicht besonders gut. Was wir in Kunduz erlebt haben – ich bin jetzt wieder in der Zeit von 2009 bis 2011 – war, dass die Taliban sehr gut gemerkt haben, wenn sich auf einmal Dynamiken ergaben. Wenn da ein Bezirks-gouverneur war, wie der Bezirks-gouverneur von Char Darah, der die Dinge in die Hand genommen hat, der aktiv war, der ein ehrlicher Mann war, dem die Leute vertraut haben, dann wussten die Taliban ganz genau: der Mann wird gefährlich für uns. Denn wenn er zur Wirkung kommt, haben wir den einen oder anderen, der uns nicht mehr so gut mit Informationen versorgt, wir bekommen den einen oder anderen Tipp nicht mehr und der eine oder andere Vater wird seine Söhne im Zaum halten und ihnen nicht mehr erlauben, zu uns zu kommen. Und das war etwas, was wir nicht gut verstanden haben. Dieser Bezirks-gouverneur von Char Darah, der für uns wirklich ein großes Licht war – Char Darah war damals der schwierigste Distrikt in Kunduz –, wurde, als sich zeigte, dass er ein richtig guter Mann war, innerhalb kurzer Zeit durch einen Selbstmordattentäter – ein kleines Mädchen, dem ein Gürtel um den Bauch gebunden worden ist, das ihm bei der Einweihung einer Schule Blumen brachte – in die Luft gesprengt.

Das Gleiche passierte 2010/2011 mit dem Polizeichef von Kunduz. Er war ein ganz fähiger Mann, der wesentlich daran beteiligt war, dass die Taliban in der Zeit 2010/2011 bei der Operation Halmazag und einer weiteren Operation so schnell wieder in ihre Schranken verwiesen worden sind. Aber auch da haben die Taliban gemerkt: der ist uns richtig gefährlich. Sie haben ihn dann sehr schnell über einen Selbstmordattentäter in die Luft gesprengt.

Das sind so Dinge, die wir nicht richtig verstanden haben. Da haben wir die andere Seite nicht richtig verstanden. Wir hätten im Gespräch mit den afghanischen Partnern vor Ort viel mehr auf die Sicherheit von solchen ganz wichtigen Stützen achten müssen.

Zur Frage nach den Gründen fürs Scheitern der PRTs: Wenn ich mit Kollegen und Kolleginnen, die in den PRTs gearbeitet haben, rede, spricht keiner von Scheitern. Da sagen alle: Im Grunde waren wir erfolgreich mit dem, was wir vor Ort



getan haben. Deshalb spreche ich lieber von Schwächen des PRT-Konzepts. Das eine ist, wenn es keine erkennbare Regierungspolitik gibt, die aus Kabul kommt und vom Gouverneur vermittelt wird, dann kann, glaube ich, ein PRT auch nicht sehr erfolgreich sein. Dann ist es orientierungslos. Man macht dann das eine und das andere, tut das aber alles nicht mit dem Ziel, eine identifizierbare Zentralregierung zu legitimieren.

Mit Blick auf das Gesamtkonzept PRTs in ganz Afghanistan waren die unterschiedlichen Ansätze und Ressourcenausstattungen der PRTs eine ganz große Schwäche des PRT-Konzepts. Die deutschen PRTs waren gut ausgestattet. Ich würde auch heute rückblickend sagen, wir haben zumindest auf ziviler Seite nie mehr Ressourcen gebraucht als die, die wir hatten. Wir wären auch nicht genug Kräfte gewesen, um mehr umzusetzen. Allerdings habe ich dann von ISAF aus PRTs erlebt, die kaum Ressourcen hatten. In meiner Zeit war der Bau von Schulen landesweit eine große Priorität für die Regierung. Aber ich habe genug PRTs erlebt, die einfach nicht die Mittel hatten, vor Ort den Gouverneur dabei zu unterstützen, der selbst nie genug Mittel zur Umsetzung der anspruchsvollen Pläne der Regierung bekommen hat.

Auch die unterschiedlichen Ansätze der PRTs waren eine Schwäche. In Kunduz und Faizabad hatten wir im RC North gut verstanden, dass wir eine subsidiäre Rolle haben, im Hintergrund stehen und immer die Regierung dabei stützen, das zu tun, was die Menschen von der Regierung erwarten. Es gab aber auch PRTs, was man auch direkt an einzelnen Nationen festmachen kann, die sich in einer ganz anderen Rolle sahen und die sich selbst als Staatenakteur vor Ort sahen und damit aber meiner Meinung nach ein bisschen die Regierung delegitimiert haben. So, das war die Antwort auf die Frage 1, zu Frage 2 und 3 bin ich etwas schneller und kürzer.

Der **Vorsitzende**: Das muss viel schneller sein.

Hermann Nicolai (Auswärtiges Amt): Nun zu Frage 2: Erfahrungen aus dem Konzept PRT und bessere Möglichkeiten für die operative Umsetzung des vernetzten Ansatzes. Das Konzept PRT muss für die Situation passen. Zu

Afghanistan passte es. In Niger, wo ich jetzt bin, passt es überhaupt nicht. Ich glaube, man sollte diesen Ansatz nur Staaten umsetzen lassen, die eine gewisse Tradition einer engen zivil-militärischen Zusammenarbeit haben. Zum Erfolg kann es nur kommen, wenn es einen erkennbaren Zentralstaat und eine erkennbare Regierungspolitik gibt. Die Einbindung traditioneller Führer ist auch ganz wichtig.

Zu Frage 3: Wie konnte die Wirkung der PRTs festgestellt werden? Ich mache es kurz. Für mich sind die Parlamentswahlen 2010 der Nachweis, dass die PRT-Politik oder der PRT-Ansatz doch ganz gut funktioniert hat. Damals gab es in ganz Afghanistan eine Wahlbeteiligung von 40 Prozent. In Kunduz war die Wahlbeteiligung geringer. Dort hatten die Taliban angekündigt: Wir schießen die Stadt zusammen, wir schießen Raketen auf die Stadt am Tag der Wahlen. Das war dann auch so. An dem Tag gingen, ich glaube, 12 oder 13 Raketen auf Kunduz nieder. Trotzdem gab es eine Wahlbeteiligung von 35 Prozent, die viel höher gewesen wäre ohne die massiven Drohungen der Taliban vorher. Die Menschen wussten von der Lebensgefahr. Ich war selbst in einem Wahllokal, da schlug im Neben-Compound eine Rakete ein, das war ein Kindergarten. Mehrere Dutzend Kinder waren tot mit dieser einen Rakete und die Menschen wussten das. Trotzdem gehen 35 Prozent der Menschen zur Wahl. Ich glaube das ist ein gewisser Grad für einen gewissen Erfolg. Uns war es damals als PRT gelungen, die Provinzregierung soweit zu unterstützen, dass die Menschen sie wahrgenommen haben als etwas, einen Akteur, der ihnen Gutes tun kann mit der Unterstützung einer Zentralregierung aus Kabul. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Ich danke Ihnen, Herr Botschafter. Und wir kommen gleich zur Fragerunde. Als erste für die SPD-Fraktion Frau Türk-Nachbaur.

Abg. **Derya Türk-Nachbaur** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Generalleutnant Schütt, Herr Botschafter Nicolai und liebe Frau Dr. Samar, vielen Dank für Ihre Einsätze vor Ort, für Ihren Einsatz, Afghanistan zu einem etwas besseren Ort zu machen. Vor allem an Sie, Frau Dr. Samar, die sich unermüdlich gegen alle Widerstände für



Frauen- und Menschenrechte einsetzt. In einem Ihrer Interviews haben Sie einmal gesagt: „Wir haben im Bereich der Menschen- und Frauenrechte in Afghanistan ziemlich viel erreicht. Aber es hat nicht gereicht, um eine Menschenrechtskultur zu etablieren.“ Das hat sicherlich mit der fehlenden Sicherheit vor Ort zu tun. Aber Sie haben als Erfolg festgehalten, dass Frauen gewisse Freiheiten bekommen und gewonnen haben und es mehr Frauen in der Politik gab. Das hat ja auch mit den internationalen Projekten zu tun. Welchen Eindruck hatten Sie, wie hätte man es besser machen können? Waren diese Projekte auf die Bedürfnisse, auf die kulturellen Hintergründe der afghanischen Bevölkerung abgestimmt? Wie war das international koordiniert und was war besonders nachhaltig?

Der **Vorsitzende**: Herr Wüstner.

SV **André Wüstner**: Vielen Dank auch meinerseits für die Ausführungen. Eine Frage an General Schütt: Er ist, bezogen auf seine Folgerung und vielleicht auch die Schwächen des PRT-Konzepts, schon gut darauf eingegangen – übergreifend zum Thema internationale Abstimmung – Herr General, Sie haben eine große Erfahrung mit Blick auf Afghanistan. Wir hatten in vorhergehenden Runden und anderen Gesprächen die Fragestellung: Wie ist das international militärisch geführt und koordiniert worden? Also Stichwort: Was war US-driven? Was war unter den berühmten Five Eyes abgestimmt? Und wie konnte man als Partnernationen im Rahmen von ISAF oder RSM partizipieren und hat man von allen Aktionen, die da im Raum geplant oder durchgeführt wurden, überhaupt etwas mitbekommen? Dazu würde ich gerne Ihre Sicht hören.

Die zweite Frage stelle ich an den Herrn Botschafter: Sie hatten gesagt, Sie würden nicht von einem Scheitern sprechen. Woran messen Sie das? Ich habe dazu so manche Regierungserklärung noch im Ohr und auch manchen Fortschritts-, später Zwischenbericht genannt, mit sehr hohen Zielen, die da definiert wurden. Woran messen Sie Scheitern oder Nicht-Scheitern, um zu dieser Aussage zu kommen? Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr Gießmann.

SV **Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann**: Vielen Dank. Meine Frage geht an General Schütt und an Botschafter Nicolai. Herr General, Sie haben von den zahlenmäßigen Verhältnissen zwischen zivilem und militärischem Personal gesprochen. Die Zahl 12 hat mich schon ziemlich erschüttert. In diesem Kontext haben Sie, Herr Botschafter Nicolai, gesagt, zivile Kräfte waren ausreichend vorhanden. Wie war dann die Operationalisierung der Erfolgsfaktoren, von denen Sie gesprochen haben, zwischen dem militärischen Teil und dem zivilen Teil im PRT.

Der **Vorsitzende**: Dann kommen wir zur Beantwortung. Frau Samar, wollen Sie beginnen? Ich bitte aber alle Sachverständigen, wirklich sehr kurz und knapp zu antworten.

Dr. Sima Samar (ehemalige afghanische Frauenministerin): Ich danke Ihnen. Es ist schwierig, in drei Minuten alles zu sagen. Ich meine, dass unser Ansatz zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere für Frauen, essenziell war. Es ist nicht nur eine schöne Phrase, dass die Einbeziehung der Frauen die Sicherheit und Stabilität und Demokratie in einem Land garantiert. Das ist die Realität. Es ist die Wahrheit leider – oder zum Glück.

Einer der Punkte bei denen wir verloren haben, war das Thema Korruption. Korruption betraf Männer und Frauen. Es gab keine Rechenschaftspflicht. Auch nicht bei Ernennungen von Frauen. In Badachschan oder in Kunduz lagen einige Informationen über weibliche oder männliche Parlamentsmitglieder vor. Leider waren die Leute, die ins Parlament kamen, zum Beispiel die Frauen – es bestand ein 25-Prozent-Quotensystem – mit den Warlords verbunden, oder in einer Gruppe Warlords, um dorthin zu gelangen. Sie waren also nicht wirklich unabhängig. Unabhängige Personen hatten nicht das Geld und die Mittel, um ins Parlament zu kommen. Das war also eines unserer Probleme. Und das hängt mit dem Bildungsniveau und der wirtschaftlichen Lage der Menschen zusammen. Die Armut hat bei den Wahlen in Afghanistan wirklich eine sehr negative Rolle gespielt. Wir haben es alle gesehen und das ist die Wahrheit. Deshalb denke ich, dass wir uns auf jede erdenkliche Art und Weise auf eine qualitativ hochwertige Bildung konzentrieren müssen, und



auch auf den Zugang zu Gesundheit und Familienplanung. Die Familien haben mehr Kinder, als sie ernähren können, und es gibt keine Arbeit für sie und keine gute Bildung. Sie werden zu Kanonenfutter für Terroristen und kriminelle Gruppen. Sie werden zu Schmugglern, Talibs und Selbstmordattentätern, weil sie keine andere Lebensgrundlage haben. Ich denke also, dass wir generell Zugang zu reproduktiver Gesundheit und Verhütung brauchen. Wir müssen keine große Werbung dafür machen, aber wir müssen diese Mittel den Menschen und Frauen vorstellen. Sie sind der Schlüssel zur Stärkung der Frauen in jedem Land. Ich danke Ihnen.

Der **Vorsitzende**: Herr Nicolai.

Hermann Nicolai (Auswärtiges Amt): Gern. Zunächst Herr Wüstner – warum kein Scheitern. Wenn man in der Nahsicht auf das PRT örtlich schaut, kann man mehr Erfolge aufzählen. Ich möchte auch da wieder differenzieren zwischen den unterschiedlichen PRTs. Es gab PRTs, die hatten überhaupt keine Ressourcen, die haben auch nicht viel bewirkt vor Ort. Wir hatten glücklicherweise viele Ressourcen. Man wird auf beachtliche Zahlen kommen, wenn Sie die gebauten Schulen zählen und wie viele Kinder dort zur Schule gegangen sind, seitdem Deutschland sich in Kunduz, in Faizabad engagiert hat, oder wie viele nicht zur Schule gegangen wären, hätten wir uns dort nicht engagiert. Und das sind die Kinder, von denen Frau Samar gesagt hat, die vielleicht doch eine Alternative hatten und sich nicht den Taliban anschließen mussten. Insofern besteht ein Erfolg. Auch im Gesundheitswesen, da haben sich bei den meisten PRTs, nicht nur bei unseren, die Indikatoren vor Ort verbessert. Was uns sicherlich nicht ausreichend gelungen ist oder vielleicht auch gar nicht gelungen ist: Ein so starkes Bewusstsein für die Bedeutung des Staates, für das größere Gemeinwesen herzustellen, dass die Leute ausreichend resistent waren oder resilient waren, gegenüber all dem, was sie an Bedrohungen erfahren haben, was sie vielleicht auch an Lockungen erfahren haben seitens der Taliban. Hauptsächlich waren es aber Bedrohungen.

Zu Herrn Gießmann – Operationalisierung der Erfolgsfaktoren. Jetzt kann man auch wieder sagen: Wir machen eine Evaluierung und zählen

die Kinder, die zur Schule gehen und das sind ja schon alles Erfolge an sich. Sehen wir uns das aus der Rücksicht heute an, dann kann die Operationalisierung der Erfolgsfaktoren nur sein: Haben wir eine stabile Regierung in Afghanistan? Ich glaube das ist kaum ein Kriterium, das man einsetzen kann, um im laufenden Prozess Erfolg zu messen. Insofern habe ich da keine wirkliche Antwort darauf. Es gab resilientere Provinzen, wo die Taliban einfach nicht so erfolgreich waren. Nun auseinander zu dividieren, was mit der Arbeit der PRTs und der Provinzregierung zu tun gehabt hat und was mit der Zusammensetzung der Bevölkerung, mit der Präsenz der Taliban, die vielleicht zahlenmäßig vor Ort sowieso schon sehr präsent waren, weil sie eben hauptsächlich aus den Paschtunen kommen – Ich glaube das ist eine Arbeit, die man gar nicht leisten kann.

Der **Vorsitzende**: Herr Schütt.

Bernd Schütt (Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr): Zunächst zum Kameraden Wüstner: Internationale Kooperation fand aus Kabul in der Anfangsphase nicht richtig statt. Wir waren zu dem Zeitpunkt Kabul direkt unterstellt, und zwar dem DCOS Ops, das war ein Brite. Es fanden wöchentliche Telefonate statt, ab und zu zur Dienstaufsicht und die üblichen Meldungen. Im Grunde genommen war Kabul weit entfernt. Wir hatten einen regionalen Koordinator, der war gerade umgezogen in Richtung Kunduz. Das war eine lose Koordinierung. Er ist zweimal vorbeigekommen, ansonsten fand keine übergreifende Koordinierung statt. Das hat sich massiv verändert als das Regionalkommando eingeführt wurde im Jahr 2006, damals mit Herrn General Kneipp. Da wurde mit der Gründung zusammengezogen und dann wurde harmonisiert, was die PRTs für eine Rolle et cetera haben. Schutzmaßnahmen wurden gemacht. Standardisierungen wurden auf den Weg gebracht. In der Anfangsphase, weil Kabul zu weit entfernt war, wurde tatsächlich regional mehr oder weniger alleine agiert. Intern wurde abgestimmt, wie üblich in der Stabsarbeit. In erster Linie waren Tschechen und Dänen dabei, das war unproblematisch und eine gute Zusammenarbeit.

Zur Rolle der USA: Der Vertreter, den ich hatte, war der Kamerad aus dem Bereich der USAID.



Ansonsten hatten die Amerikaner keine unmittelbaren Angehörigen im PRT. Die Operation zu der Zeit bestand im Wesentlichen aus Counter Terrorism auf der einen Seite und Counter Narcotics zu einem gewissen Grad. In der Regel haben wir nur erfahren, wenn etwas bereits passiert war. Dann haben die Patrouillen die Ergebnisse mitgebracht und das war manchmal nicht so schön. Aber in dieser Phase fand die Kooperation nicht statt, sondern meistens im Nachgang. Ganz selten haben wir erlebt, dass die entsprechenden Kräfte zu uns ins Lager kamen und hier Absprachen getroffen haben. Auch hier sind wieder deutlich Änderungen eingetreten spätestens ab 2010, als dies praktisch täglich koordiniert und harmonisiert wurde.

In Bezug auf die Erfolgskriterien, Herr Professor Gießmann, greife ich auf das zurück was ich eben gesagt habe: Also im Grunde genommen kleine Ziele. Wir haben uns zusammengesetzt, die wenigen, in Führungsstrichen, die dazu etwas beizutragen hatten und dann haben wir uns die Ziele gesetzt, so wie zum Beispiel dieser Development-Plan. Das war damals Herr Plate, glaube ich, der das auf den Weg gebracht hatte. Das war eine sehr gute Sache. Also wie schaffen wir das, die Provinzregierung davon zu überzeugen, dass wir so etwas wie einen Development-Plan haben und wie kriegen wir dann die Mittel zusammen um das zu unterstützen? Und am Ende stand das. Das war ein klares kleines Ziel, aber am Ende konnten wir das als eigenen Erfolg aus unserer Sicht verbuchen, weil wir so etwas hatten wie eine Zeitlinie, womit man dann synchronisieren konnte. Dann muss man ganz deutlich sagen: Wir waren nicht dazu da, Entwicklungsarbeit zu koordinieren. Das war nicht unsere Aufgabe. Als ich dahin kam kurz nach Weihnachten – vielleicht erzähle ich die Geschichte im Nachgang.

Der **Vorsitzende**: Vielleicht ergibt sich die Zeit nach Weihnachten nachher noch einmal bei einer anderen Frage. Für die CDU/CSU-Fraktion erst Frau Dr. Zeino und dann Herr Vollmer.

Sve **Dr. Ellinor Zeino**: Vielen Dank auch von meiner Seite an alle drei Redner. Meine Frage richtet sich an Dr. Sima Samar und auch an Herrn

Botschafter Nicolai. Dr. Samar, schön Sie zu sehen. Meine Frage ist: Glauben Sie, dass wir den religiösen Bereich, wie beispielsweise die lokalen Moscheen, vernachlässigt haben? Haben wir den Dialog im Bereich Religion, dieses ganze Narrativ über Religion, den Taliban und den Salafisten-predigern überlassen? Sie hatten erwähnt, dass die Religion nicht als Waffe eingesetzt werden sollte. Die gleiche Frage an Herrn Botschafter Nicolai: Gab es Ansätze, dass man an die lokalen, religiösen Akteure herangetreten ist? Ich meine explizit nicht Warlords oder Mudschaheddin-Parteien, sondern die lokalen Moschee-Verbände. Hat man versucht Einfluss zu nehmen auf die religiösen Diskurse und auf die religiöse Bildung vor Ort? Danke.

SV **Jörg Vollmer**: Herzlichen Dank an alle drei. Meine Fragen gehen quer in die Runde. Die erste greift nochmal den Punkt ziviler Kräfteinsatz auf. Herr Botschafter, Sie haben gesagt, mehr Geld hätten wir nicht gebraucht, wir konnten es sowieso nicht umsetzen. Die Frage umgekehrt ist: Wie viel mehr wäre denn notwendig gewesen? In meiner Zeit, und das teile ich mit Herrn General Schütt, war es eigentlich immer zu wenig. Man hätte deutlich mehr machen können. Meine Frage ist also: Wenn Sie heute nochmal nach Kunduz gehen dürften, was würden Sie sich dann rückblickend wünschen? Also, beispielsweise 20 Leute mehr zu haben oder von welchen Organisationen jemanden dabei zu haben?

Zweite Frage ebenfalls an Sie, Herr Botschafter: Sie waren noch einmal im Jahr 2010/2011 in Kabul. Die Entscheidung ist kurz danach gefallen, alle PRTs aufzulösen bis Ende 2013. Faizabad haben wir bereits 2012 übergeben, Kunduz 2013. Gab es keine Diskussionen, kein Bestreben zu sagen, das Konzept hat sich bewährt, lasst uns das weiter fortführen? Ich weiß am Ende war es eine politische Entscheidung. Man wollte 2013 gegebenenfalls raus. Aber der strategische lange Atem von Herrn Schütt währte sechs Jahre, dann war das Ganze vorbei.

Die nächste Frage bezieht sich auf die Akzeptanz der Regierung. Das fand ich sehr spannend, was Sie gesagt haben, Herr Botschafter: Die Gouverneure waren oft nicht akzeptiert durch die Bevölkerung in der Provinz, denn sie wurden in



Kabul eingesetzt und das Revirement haben wir alle erlebt. Wenn sie Karzai, oder später auch Ghani, nicht mehr passten, dann wurden die Provinzgouverneure einmal quer geschoben. Sie verschwanden nicht, sondern sie wurden in eine andere Provinz gesetzt. Von daher interessiert mich die Motivation von Ihnen, die Politik der Regierung in Kabul, die natürlich die Zentralregierung ist, mit Provinzgouverneuren umzusetzen, die durch die Bevölkerung teilweise nicht akzeptiert sind.

An Herrn Schütt die Frage: Wie war 2006 die Weisungslage bezüglich Drogenbekämpfung? Wir Deutschen haben gesagt: Machen wir nicht. Aber haben wir denn den anderen ermöglicht, dass sie es machen durften?

Und die letzte Frage geht an Sie, Frau Dr. Samar. Wir haben eine Zivilgesellschaft in Afghanistan erlebt, die fand ich beeindruckend. Ich war zwei Jahre vor Ort. Insbesondere beeindruckt haben mich die mutigen Frauen, die nach der Übernahme der Taliban 2021 auf die Straßen gegangen sind. Ich habe dort, ehrlich gesagt, wenige Männer gesehen. Meine Frage ist: Wohin sind die diffundiert? Wo ist diese Zivilgesellschaft hin, die wir erlebt haben an den Universitäten, in den Provinzparlamenten, die ihr Leben vor Ort gelebt hat. Ich fand sie ausgesprochen mutig und engagiert. Wo sind die hin? Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr Schütt, möchten Sie starten und kurz dazu antworten.

Bernd Schütt (Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr): Die Drogenbekämpfung war in der Tat zu dem Zeitpunkt ein heißes Thema. Die Weisungslage dazu war klar: Keine aktive Beteiligung und auch keine Weitergabe von Koordinaten von Drogenfeldern. Real ist es dann über die Aufklärungsdinge gelaufen. Wir haben ab und zu mal etwas aus den Berichten der Patrouillen erfahren, die dann umgesetzt wurden in Kabul. Aber wir haben keine aktive Beteiligung gehabt, sondern nur die Auswertung. Danke.

Hermann Nicolai (Auswärtiges Amt): Frau Dr. Zeino, zu den lokalen religiösen Führern: Doch, die Interaktion hat es natürlich gegeben. Das war

sozusagen Wochenprogramm, sich entweder in einem der Distrikte oder auf Provinzebene in Kunduz selber mit den örtlichen Imamen zu treffen. Das war mehr so ein: Wo drückt der Schuh? Was sind eure Themen? Was sind unsere Themen? Erklären, was wir machen, damit sie das auch weitertragen und damit auch Menschen, die uns nicht so oft zu Gesicht bekommen haben, erzählen können, was wir machen, wofür wir da sind. Das war ein ganz regelmäßiger Kontakt. Zu Inhalten gab es wenig Austausch. Wir haben nicht darüber gesprochen, was sie predigen sollen. Wir haben lediglich erklärt, was wir wollen, wozu wir da sind, was unser Ansatz ist.

Herr Vollmer, zur Frage bezüglich Ressourcen. Ja, wir hätten ein bisschen mehr umsetzen können, aber nicht viel mehr. Obergrenze des PRTs war es immer, in dem Ansatz Nationbuilding den Staat zu unterstützen, das zu tun, was die Bevölkerung vom Staat erwartet. Obergrenze war die Kapazität der Provinzverwaltung. Die hätten vielleicht das Eine oder Andere auch noch mehr machen können mit mehr Ressourcen von unserer Seite. Sie waren aber gewiss nicht so stark, zumindest beispielsweise in Kunduz, um eine Verfünfachung oder Verzehnfachung unserer Ressourcen vor Ort umzusetzen. Die Auflösung der PRTs: In ISAF hat es dazu eine heftige Diskussion ergeben. Ich glaube das ist kein Geheimnis. Der ganze Ablauf ab 2009 über erst den Surge, dann der extrem schnelle Rückbau der amerikanischen Truppen in Afghanistan ist vom amerikanischen Militär sehr kommentiert worden. Da gab es sehr unterschiedliche Ansichten zu dem, was Obama wollte. Obama hat ein Wahlversprechen abgegeben, an das fühlte er sich gebunden, das wollte er einhalten. Da spielte es nicht ganz die große Rolle, was seine Generäle ihm geraten haben; im Übrigen auch von ziviler Seite.

Zu der Stellung der Gouverneure: Die Gouverneure allein waren nicht die ganze Provinzverwaltung. Die Gouverneure wurden eingesetzt. Manchmal war es einer aus der Region und manchmal war es einer, der aus dem gegensätzlichen Landesteil kam, der auch nicht zur passenden Ethnie gehörte. Aber die Verwaltung selber, das waren viel mehr Menschen. Das war der Director of Education, das war der Director of Health, das war der Director of Water und



Sanitation und noch viele mehr. Und das waren in aller Regel Leute von vor Ort. Die wechselten nicht, wenn die Gouverneure wechselten. Was ich vorhin damit meinte, dass der Gouverneur so wichtig gewesen ist: Ein guter Gouverneur hat diese Leute richtig zum guten Arbeiten gebracht und ein schlechter Gouverneur hat sie erheblich gebremst, auch wenn er sie nicht vom Arbeiten ganz abgehalten hat. Insofern glaube ich immer noch, dass der richtige Ansatz gewesen ist, ganz stark auf die Provinzregierung zu setzen und sie dabei zu unterstützen, das zu tun, was die Menschen von ihr erwartet haben.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Samar, Sie haben das Wort.

Dr. Sima Samar (ehemalige afghanische Frauenministerin): Vielen Dank noch einmal. Was die Beteiligung der lokalen religiösen Mullahs angeht, so glaube ich, dass die Regierung all diese Mullahs bezahlte und dass das Ministerium für religiöse Angelegenheiten mit ihnen in Verbindung stand. Wir als eine Menschenrechtskommission hatten nicht viel Kontakt, aber wir luden sie zu einigen unserer Schulungsprogramme ein. Unsere Kapazitäten waren viel geringer als die anderer, nicht nur die finanzielle Kapazität, sondern auch die personellen Ressourcen. Wir nahmen also Kontakt zu ihnen auf. Aber ich glaube, eines der Probleme war, dass wir viele dieser Medressen hatten, die von verschiedenen Gruppen finanziert wurden, die niemand kannte, von denen niemand eine Liste hatte. Diese Medressen wurden von einzelnen Arabern oder von den Regierungen islamischer Länder finanziert, darunter Iran, Saudi-Arabien und einige andere. Sie predigten eine sehr extreme Art von Religion und die Regierung schenkte dem keine Beachtung. Stattdessen forderte der Bildungsminister mehr Medressen einzurichten, anstatt eine qualitativ hochwertige Bildung zu gewährleisten. Das war einer der Fehler.

Das andere Problem ist meiner Meinung nach der Zeitplan. Ich denke, der Zeitplan für den Truppenabzug war ein Fehler. Denn die Taliban wussten, dass sie abziehen würden und sie die Macht übernehmen konnten und so handeln konnten, wie sie wollten. Sie hatten ihren Plan,

auch im letzten Jahr.

Was die Zivilgesellschaft betrifft: Ja, wir hatten eine gute Zivilgesellschaft. Aber während der Evakuierung im August 2021 wurde die Zivilgesellschaft als erstes evakuiert, weil sie das Ziel war. Es waren die Journalisten und die Medienleute in der Zivilgesellschaft. Die meisten Führungskräfte der Zivilgesellschaft sind nicht mehr im Lande. Aber es gibt immer noch Menschen, die im Land arbeiten. Aufgrund der Brutalität und des aggressiven Vorgehens der Taliban können sie nicht heraus. Stellen Sie sich vor, sie haben bereits gesagt, dass das männliche Familienmitglied bestraft wird, wenn die Frauen ihr Gesicht nicht bedecken. Sie haben also ihre Vertreter in den Familien. Das männliche Mitglied der Familie erlaubt dem weiblichen Mitglied also nicht, das Haus zu verlassen. Ich erinnere mich zum Beispiel daran, dass im Jahr 2016 fast hunderttausend Hazaras auf der Straße waren, es war ein sehr zivilisierter Protest. Aber wenn jetzt 15 Hazara-Mädchen vor einer Universität auftauchen, dann wird kein Mann oder sonst einer von hunderttausend Menschen sich beteiligen wegen der Brutalität der Taliban. Sie töten weiterhin, lassen Menschen verschwinden und verhaften Menschen. Sie geben bereits zu, dass sie 12.000 Gefangene haben. Da sie alle freigelassen hatten und jetzt 12.000 Gefangene haben ist die Frage, wer diese Gefangenen sind. Sie behaupten, sie hätten moralische Verbrechen begangen. Das ist also einer der Gründe dafür, warum die Zivilgesellschaft in Afghanistan nicht so aktiv ist, wie sie sein sollte. Einige arbeiten jedoch weiter und nehmen alle Gefahren auf sich und setzen sich weiterhin für die Freiheit und das Sammeln von Informationen und Unterlagen ein. Ich danke Ihnen.

Der Vorsitzende: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: zuerst Herr Nachtwei, dann Herr Krämer.

SV Winfried Nachtwei: Auch von mir herzlichen Dank an unsere Sachverständigen für ihre Worte und vor allem aber auch für die große persönliche Leistung, die hinter diesen Worten steht. Meine erste Frage an Botschafter Nicolai: Bei Besuchen vor Ort war immer wieder beeindruckend, welche Aufbauprojekte man da erlebte. Wie weit hatten Sie, wie weit hatte so eine PRT-Führung, neben



der Sicherheitslage eine Aufbaulage? Also einen Überblick über das, was insgesamt an Aufbauaktivitäten da war. Dann die zweite Frage: Ist meine Annahme richtig oder meine Beobachtung richtig, dass das Auswärtige Amt beim Afghanistan-Einsatz eigentlich zum ersten Mal so richtig operativ geworden ist, also in der Fläche? Und wenn ja, wie wurde das umgesetzt? Dann eine dritte Frage: Sie sagten, die Aufgabe der PRT war sozusagen, dass ein gutes Bild von oder Verhältnis zur Regierung entsteht. Aber wie kann man sich das als erfolgsversprechend vorstellen, wenn gleichzeitig in einem solchen Land besonders Loyalitätsbeziehungen geschichtlich, verwandtschaftlich und so weiter, äußerst kompliziert sind und außerdem eine Regierung, was man leider feststellen musste, mit der Zeit immer korrupter wurde. An General Schütt noch eine Frage: Sie haben sehr knallhart die Rahmenbedingungen der Provinz Badachschan dargestellt. Wie sind Ihre Erfahrungen aus dem Berichtswesen nach oben, nach Berlin, gewesen? Ist das da in dieser Deutlichkeit am Ende angekommen und ist das auch zureichend beantwortet worden, darauf reagiert worden oder welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht?

Abg. **Philip Krämer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An Herrn Botschafter Nicolai: Sie hatten von Nationen gesprochen, die das PRT-Konzept im eigenen Sinne nur umgesetzt haben und sich sozusagen nicht an die Vereinbarungen gehalten haben. Da würde ich Sie bitten, das vielleicht nochmal zu konkretisieren, an welche Nationen Sie da gedacht haben. Und zweite Frage an Frau Samar: Sie haben sich explizit dafür eingesetzt, dass Kriegsverbrechen der Karzai-Regierung aufgearbeitet werden, dass kriminelle Machenschaften aufgearbeitet werden. Jetzt gab es 2008 einen Beschluss des afghanischen Parlaments, das eine Selbstamnestie für Kriegsverbrechen der Vergangenheit beschlossen hat. Woran hat es gelegen, dass diese Aufarbeitung versandet ist? Oder ist sie in Ihrer Sicht überhaupt versandet? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Frau Samar, möchten Sie jetzt starten?

Dr. Sima Samar (ehemalige afghanische Frauenministerin): Ja, vielen Dank. Ich denke, das ist

eine sehr gute Frage. Ich hoffe, ich kann es in drei Minuten erklären. Wir haben eine nationale Konsultation zu den in Afghanistan begangenen Straftaten durchgeführt, vom Staatsstreich in 1978 bis 2001. Wir haben dann eine Empfehlung der Bevölkerung für eine Übergangsjustiz im Land vorgelegt. Denn einer der Gründe für das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Regierung war, dass Kommandanten und Warlords in diesen Gebieten als Gouverneure, Minister, Polizeichefs, Richter und so weiter eingesetzt wurden. Nachdem wir den Aktionsplan für Übergangsjustiz angekündigt hatten, der im Januar 2006 auf der Londoner Afghanistan-Konferenz mit der internationalen Gemeinschaft vereinbart worden war, arbeiteten die Parlamentsmitglieder, die Warlords, Befehlshaber und Anführer von Dschihadisten waren, an einem Gesetz, das ihnen Amnestie gewährte, weil sie den Aktionsplan nicht gelesen hatten. Denn der Aktionsplan ist nicht nur ein Verfahren für die Strafjustiz, es ging mehr um die Wiedergutmachung und die Anerkennung des Leidens der Menschen. Aber sie verabschiedeten das Amnestiegesetz, obwohl sich Präsident Karzai dagegen wehrte und es nicht unterzeichnete. Ich muss zugeben, dass er das Amnestiegesetz nicht unterzeichnet hat. Er hat mir versprochen, dass er es nicht unterschreiben wird. Aber es war die Mehrheit des Parlaments im Senat, die es als Gesetz verabschiedete. Niemand kann also Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit untersuchen, die von diesen Menschen begangen wurden. Ab 2003 war Afghanistan dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) beigetreten. Es bestand meiner Meinung nach die Möglichkeit einer Einmischung des IStGH, und das ist auch wirklich nötig. Auf dieselbe Weise haben wir alle diese Kriminellen an der Macht. Wie sollten die Menschen also vertrauen und wie kann man eine Nation oder eine staatliche Institution wirklich aufbauen? Ich danke Ihnen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Nikolai.

Hermann Nicolai (Auswärtiges Amt): Herr Nachtwei, Überblick über die Aufbauleistungen – das wurde festgehalten von dem CIMIC-Zug. Die Kollegen haben sehr säuberlich aufgeschrieben, was wir wo getan haben. Nicht nur die eigenen CIMIC-Aktivitäten, sondern auch all das, was der zivile Teil getan hat. Ich weiß nicht, ob das alles



archiviert worden ist. Aber zu meiner Zeit brauchte man bloß über den Hof gehen zu den CIMIC-Kollegen. Und da hatten die ellenlange Excel-Dateien und Excel-Listen und da konnte man ganz detailliert nachsehen, was wir über die vielen Jahre dort in Kunduz getan haben. Ob das Auswärtige Amt erstmals in Afghanistan operativ tätig geworden ist, ich bin 1989 ins Auswärtige Amt eingetreten, meiner Erinnerung nach: Ja. Da sind wir zum ersten Mal, im ganz richtig Hands-On-Sinn, tätig geworden, auch in der Fläche. Eine Spätfolge davon war die Schaffung der Abteilung S im Auswärtigen Amt, Stabilisierung, wo jetzt das alles konzeptuell nicht nur aufgearbeitet wird, sondern gesteuert wird und die ganzen Stabilisierungsaktivitäten, wo wir sehr in der Fläche sind. Bei anderen humanitären Hilfen arbeiten wir etwas anders, über NGOs vor allem. Aber bei der Stabilisierung, da sind auch die Botschaften vor Ort. Das könnte ich jetzt aus Niger auch erzählen, da sind wir durchaus in der Fläche immer wieder sehr präsent, um da auch mit demselben Ansatz die Regierung dabei zu unterstützen, das zu tun, was die Menschen von ihr erwarten.

Zu Solidaritätsbeziehungen: Das Eine ist, dass die Zentralregierung in Afghanistan immer unter dem Eigendruck stand, dass alle Bevölkerungsgruppen einigermaßen gut vertreten sind. Mal waren sie es besser, mal waren sie es weniger gut. Das ist das Eine. Das Andere ist, dass es natürlich ein Dilemma ist, dass in dem Maße, in dem der Ruf der Zentralregierung schwindet und leidet, in dem Maße wird das immer fraglicher, was man vor Ort tun kann, um die Menschen dazu zu bringen, sich mit dem Staat zu identifizieren und nicht den Lockungen und Drohungen der Taliban zu erliegen. Das ist ein Dilemma, was man meiner Ansicht nach gar nicht auflösen kann. Da ist wichtig der gesamtheitliche Ansatz: All das, was die Botschaften vor Ort haben tun können, was ISAF hat tun können, um auf eine Regierung einzuwirken, die über die Jahre immer größere Zeichen der Schwäche und auch immer offener korrupte Praktiken gezeigt hat, zu korrigieren. Da ist man in der Tat vor Ort in einer echten Dilemmasituation gewesen, die man auch vor Ort nicht auflösen hat können.

Der **Vorsitzende**: Herr Schütt.

Bernd Schütt (Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr): Gerne. Die Lage habe ich realistisch geschildert, weniger knallhart, und so habe ich natürlich auch gemeldet und beantragt. Ich sag mal, die Änderungen sind eingetroffen durch Betroffenheit. Als wir ab März im Wechsel mit Kunduz alle 14 Tage einen Anschlag hatten, ist es beim Schutz sehr schnell gegangen. Als ein Kamerad ein Bein verloren hatte in einem entfernteren Distrikt und wo ein Zweitonner weggesprengt worden war, kam die Frage: Warum nutzen Sie keine geschützten Fahrzeuge? Einfach, ich hatte keine. Aber kurze Zeit später kam dann in die Einstellung Bewegung und dann kamen die ersten Fahrzeuge relativ zügig, das war ein Dingo. Da war die Herausforderung dann das Ausbilden. Aber sie kamen, also in Bezug auf Schutz wurde schnell reagiert. In Bezug auf Wirkung hat es länger gedauert. Ich hatte Mörser gefordert, damit wir uns gegen das Raketenfeuer wehren konnten. Leo hätten es vielleicht auch getan, aber gut, Mörser waren gefordert und vor dem Hintergrund hat es ein bisschen länger gedauert. Als ich 2011 dann wieder da war, als DCOS Sec, konnten wir dann ja die Haubitzen einsetzen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, dann sind wir bei der AfD-Fraktion. Herr Nolte, Herr Wundrak, Herr Haunreiter.

Abg. **Jan Ralf Nolte** (AfD): Vielen Dank für die Vorträge an alle drei, die hier heute vorgetragen haben. Herr Botschafter, ich habe eine Frage an Sie: Sie haben gesagt, das PRT-Konzept passe gut zu Afghanistan. Nun ist letztlich das Resultat des Einsatzes auch bekannt. Meinen Sie, wir müssen die Erwartungen, wenn wir in solche Einsätze gehen, generell einfach ganz massiv runterschrauben?

Abg. **Joachim Wundrak** (AfD): Ich denke, eine zentrale Frage ist jetzt hier schon mehrfach aufgekommen, nämlich der Verlust des Vertrauens der Bevölkerung in ihre politische Führung. Ab 2003 wurde dies eben dargestellt. Ich würde bitte von allen Dreien, die sich dazu eine Meinung gebildet haben, wissen: Wann ist dieser Verlust des Vertrauens deutlich geworden in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich und wann und wie hat man begonnen gegenzusteuern, oder ist das erst sehr spät aufgefallen oder wurde mit dem



Surge versucht es zu lösen? Wie viele Jahre hat man vielleicht nicht adäquat reagiert auf diesen Vertrauensverlust?

SV Reiner Haunreiter: Vielen Dank für die Vorträge. Frau Dr. Samar: Wie hätte man aus Ihrer Sicht die ländlichen Gebiete besser adressieren können? Und an Herrn General Schütt: Gab es Zielkonflikte aus Ihrer Sicht? Wenn ich dem Spiegel und seiner Berichterstattung folge, gab es 2002 einen örtlichen Befehlshaber und einen Gouverneur. Als die Bundeswehr kam, war der örtliche Befehlshaber immer noch da, der Gouverneur auch und es gelang nicht, diesen örtlichen Befehlshaber, Milizen-Kommandeur, zu entfernen. Und als die Bundeswehr ging, war der immer noch da und es wurden auch Kräfte von ihm von der Bundeswehr, so las ich es zumindest, beschäftigt. Warum gelang es nicht, hier der Provinzregierung mehr unter die Arme zu greifen und den Mann zu entfernen? Mittlerweile ist er einem Anschlag erlegen.

Der **Vorsitzende:** Herr Schütt, möchten Sie starten?

Bernd Schütt (Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr): Gerne. Verlust an Vertrauen: Ich würde das jetzt auf das Jahr 2006 beziehen. So wie ausgeführt, war das Vertrauen für die Zentralregierung durchgängig nicht gegeben. Man fühlte sich dem Stamm und der Ethnie zugehörig. Bei den Schuren geht es um den Ort, die Provinz ist schon weit und Kabul ist noch weiter. Und außerdem: „In Kabul berücksichtigen sie uns sowieso nicht“. Also, ein Vertrauen in die Zentralregierung habe ich nicht durchgängig wahrnehmen können, jedenfalls in der Nordprovinz Badachschan; nur für die kann ich sprechen. Das war nie richtig gefestigt.

Und wenn Sie auf den Zielkonflikt der beiden Hauptkontrahenten zu sprechen kommen, dann ist das eine Sache der Durchsetzungsfähigkeit gewesen, wie ich glaube. Nasir Mohammad war dort sehr tief verankert. Er hatte, ich glaube, drei oder vier Häuser und um sich herum immer mindestens 15 Familien, die ihm unmittelbaren Schutz generierten. Er hatte seine eigene Truppe noch aus den Russenkriegen, es wurde von um die 1.500 Kämpfer ausgegangen. Und der

Gouverneur verfügte zu diesem Zeitpunkt über keine leistungsfähige Polizei und über überhaupt keine Armee. Also, wie soll der ihn wegkriegen? Und er saß über ihm. Das muss man sich auch so vorstellen: Der Gouverneurspalast lag unten und man fuhr über den Friedhof hoch und da war Nasir. Es gab überhaupt nur zwei Orte, wo Licht brannte: Es war der Gouverneurspalast und Nasir. Aber Nasirs Licht brannte höher und wenn er Lust hatte, schmiss er ihm eine Handgranate rein. Das war ein Zielkonflikt. Den konnten wir nicht lösen, denn das war nicht unsere Aufgabe, da etwas zu entfernen. Was wir versucht haben, war zu mitigieren [abzuschwächen]. Bei mir war es zum Beispiel ein Anschlag auf das eigene CPT [Close Protection Team]. Wir sind uns ziemlich sicher, dass er dahintersteckte, weil wir den Gouverneur unterstützten. Das war das, was Herr Botschafter eben ausführte. Deswegen kam er immer nur indirekt. Das Phänomen war das indirekte Wirken. Er griff uns an, weil er den Gouverneur im Grunde genommen schlecht machen wollte und insofern sind einem die Hände gebunden.

Hermann Nicolai (Auswärtiges Amt): Zunächst zu Herrn Wundrak, denn das passt dazu: Wann wurde der Verlust des Vertrauens in den Staat deutlich? Das war ein schleichender Prozess. Ich glaube nicht, dass man in der Situation sehen konnte, wann das geschehen ist und ich glaube auch nicht, dass es da einen Zeitpunkt gibt. Ich glaube auch nicht, dass es eine Aussage gibt, die für das ganze Land Afghanistan so gilt. Im Panjshir-Tal sieht das anders aus als in der Provinz Helmand. Allerdings war für die Menschen, meiner Beobachtung nach, eines klar, obwohl sie natürlich zunächst einer Familie angehören, dann einem Clan, dann einer Volksgruppe, die ihre eigene Sprache hat. Aber der letzte Bauer und schon die Schulkinder wussten, dass sie auch zu dem Staat Afghanistan gehören, dass das für sie auch ein Bezugsrahmen ist. Und unsere Präsenz über das Konzept PRT hat zumindest in der Anfangszeit, in den ersten 10 Jahren der insgesamt 20 Jahre würde ich sagen, dem gegolten: Diesen Bezugsrahmen, den größeren Bezugsrahmen Afghanistan, stärken, damit er ein Bezugsrahmen für die Menschen wird, so dass das irgendwann auch mal ein Staat sein wird, der Leistungen für seine Menschen erbringen kann. Das sollte natürlich dann immer über die Provinz-



verwaltung vor Ort geschehen. Es war schon jedem klar, dass dabei die direkten Loyalitäten zu entweder Warlords oder auch zu einen bestimmten Imam, der einen großen Einfluss haben kann in der Region, eine Rolle spielten. Das hat uns aber nicht, zumindest damals nicht, an der Vorstellung gehindert, den größeren Bezugsrahmen Nation, das Land, den Staat Afghanistan zu stärken.

Der **Vorsitzende**: Frau Samar, Sie haben das Wort.

Dr. Sima Samar (ehemalige afghanische Frauenministerin): Ich danke Ihnen. Ich glaube am Anfang, nach 2002, in den Jahren 2003 bis 2005, hofften die Menschen, dass die Regierung eine bessere Situation herbeiführen würde. Eine der Empfehlungen der Bevölkerung an die gesamte nationale Konsultation war die Entfernung der Warlords und der Personen, die in den Dörfern Verbrechen begangen haben, aus den Machtpositionen. Das geschah nicht. Die Zentralregierung stand natürlich unter großem Druck, diese Personen, wie es beschrieben wurde, aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer politischen Partei und ihrer Zugehörigkeit sowie aufgrund ihrer Beziehungen zur Regierung oder zu den Führern in Kabul in eine Machtposition zu bringen. Das war also der Grund, warum die Menschen anfangen, der Regierung nicht mehr zu vertrauen. Die Taliban haben sich natürlich reorganisiert und sie begannen mit ihren Aktivitäten. Einer der Gründe war meiner persönlichen Meinung nach natürlich das Fehlen von Good Governance – bis zur letzten Minute. Auch das Fehlen von Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht war ausschlaggebend dafür, dass die Menschen der Regierung überdrüssig wurden. Die Regierung konnte sie nicht schützen. Sie wählten also die Überlebensmethode. Denn tagsüber war die Regierung da, aber nach 16:00 Uhr war sie nicht da. Die Taliban waren da. Also wollten sie in der Zeit dazwischen überleben.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann haben wir für die FDP-Fraktion jetzt Herrn Gerschau, Frau Geis und Herrn Ramms.

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Eine Frage an Frau Dr. Samar. Aufgrund des Petersberger Abkommens wurden Sie 2001 Ministerin für Frauenangelegen-

heiten. Sie sagten, sie hatten einen Tisch, einen Stuhl und ein Satellitentelefon, das war alles. War das nur ein Feigenblatt oder konnten Sie ein echtes Interesse, Frauen mehr Rechte zu geben, erkennen? Haben die Frauen in Afghanistan damals überhaupt wahrgenommen, dass es eine Ministerin für Frauenangelegenheiten gab?

Herr Botschafter Nicolai und Herr General Schütt: Neben mehreren Hundert Soldaten waren in Kunduz nur eine Handvoll Diplomaten und Entwicklungshelfer. Dieses Ungleichgewicht von militärischen und zivilen Akteuren und die Abgrenzung, die die beteiligten Ministerien selbst vornahmen, erschwerten den Erfolg der PRTs. Haben Sie ein solches Ungleichgewicht auch wahrgenommen? Und wie hätte man innerhalb der deutschen Einheit rückblickend besser zusammenarbeiten können? Und Herr Botschafter Nicolai: Welche Ableitungen kann man aus den Erfahrungen und dem Konzept der PRTs ziehen? Gibt es bessere Möglichkeiten für eine operative Umsetzung des vernetzten Ansatzes? Dankeschön.

Sve **Prof. Dr. Anna Geis**: Vielen Dank auch von meiner Seite an Sie alle. Ich habe eine Frage an Herrn Botschafter Nicolai. Sie hatten die Schulen mehrfach erwähnt und die quantitativen Erfolge, die man da auch erzielt hat: mehr Schulen, mehr Schülerinnen und Schüler. Gleichzeitig gab es auch immer mehr Anschläge auf die Schulen und ich wollte Sie fragen, ob Sie das in Ihrem Bereich selbst erlebt haben. Und falls ja, was Sie auch zum Schutz eben der Schulen und insbesondere der Schülerinnen und Schüler auch tun konnten oder ob Sie da auch relativ machtlos dieser Anschlagshäufigkeit gegenüberstanden. Dankeschön.

SV **Egon Ramms**: Herzlichen Dank für die Kurzvorträge an Frau Samar, Herrn Schütt und Herrn Nicolai. Frau Samar wird von mir keine Frage mehr bekommen, weil ich glaube, dass das Frauenthema und die Situation der Frauen heute hinreichend beleuchtet worden sind. Herr Schütt, könnten Sie noch einmal ausführen, wie die Ausbildung der Afghanischen Nationalen Armee, der afghanischen nationalen Polizei und der afghanischen Border Police zusammen funktionierte? Und wie sah Ihre Zusammenarbeit aus dem PRT heraus mit Vertretern des BMI aus? Ich vermute, Sie haben die Vertreter in den



Zahlen auf der zivilen Seite eingerechnet. Ich weiß nicht, ob Sie Polizisten dort als Uniformträger der Bundeswehr oder als Zivilisten beim AA oder beim BMZ einordnen. Mich würde auch interessieren, wie viele Vertreter des BMZ tatsächlich vor Ort gewesen sind. Herr Nicolai, ich habe an Sie noch mal die Frage: Hätten Sie sich mehr zentrale Steuerung im Rahmen eines PRT-Konzeptes gewünscht? Weil sowohl durch den COMISAF zumindest in den Jahren 2007 bis 2010 entsprechende Konferenzen in Afghanistan durchgeführt worden sind und weil Allied Joint Force Command Brunssum in den Jahren 2008, 2009, 2010 ebenfalls PRT-Konferenzen durchgeführt hat, die zum Teil von Ministern der afghanischen Regierung geleitet worden sind.

Der **Vorsitzende**: Herr Nicolai, möchten Sie starten?

Herrmann Nicolai (Auswärtiges Amt): Gerne. Zu Herrn Gerschau: Ungleichgewicht zivil/militärisch im PRT: Ich glaube, das war für uns in den PRTs kein großes Problem, weil die Bundeswehr uns sehr bereitwillig sehr viel Platz eingeräumt hat. Bei den morgendlichen Besprechungen war ich immer dabei. Da war ich Standardteilnehmer. Auch bei den Besprechungen, wo es um rein militärische Fragen ging, konnte ich jederzeit dazu kommen. Ich war immer eingeladen. Ich war immer wieder auch dabei, nicht jedes Mal, aber häufig. Ich glaube, zumindest für mich war das Entscheidende der Punkt, den ich vorhin gemacht habe: Die Motivation der Soldaten durch das, was wir auf ziviler Seite getan haben. Dafür haben wir nicht mehr Leute sein müssen. Um mehr Projekte ressourcenmäßig und finanziell umzusetzen, dafür hätten wir ein paar mehr Kräfte sein können. Aber wie gesagt, da gab es die Obergrenze der Kapazitäten der afghanischen Partner vor Ort. Zahlenmäßig hat Herr General Schütt das vorhin gesagt: Wir waren 1 zu 30 in Faizabad. Ich habe ganz kurz im Kopf überschlagen, was es zu meiner Endzeit in Kunduz war: da waren wir ungefähr 1 zu 300. Zwar hätten wir ein paar mehr Leute sein können, aber ich habe trotzdem nicht das Gefühl, dass wir viel mehr Kräfte hätten sein müssen. Weil das, was wir tun wollten, hatte Grenzen, die aber auf der afghanischen Seite gelegen sind.

Zur Frage einer besseren Umsetzung des vernetzten Ansatzes. Ich glaube immer noch: Für Afghanistan war der PRT-Ansatz der richtige, aber für die Sahel-Region ist er überhaupt nicht der richtige. In der Sahel-Region kann man wieder nicht für die ganze Region sprechen. Es gibt ganz große Unterschiede zwischen Niger oder Mali. Zum Beispiel machen wir in Niger alles über den Staat. Da läuft überhaupt nichts, all die vielen Aktivitäten in der Fläche, die laufen überhaupt nicht über direkte Präsenz der internationalen Akteure vor Ort, sondern es läuft alles über den Staat, es läuft sehr gut über den Staat dort. Das ist auch ein vernetzter Ansatz, aber ein ganz anderer.

Frau Prof. Geis: Anschläge an den Schulen. Im Zeitverlauf kam das nach der Zeit, die ich erlebt habe. Das war für uns kein Thema, die Schulen zu schützen. Das war auch nicht absehbar, das hatte niemand auf dem Schirm. Das ahnte auch niemand, dass das kommen würde. Das begann erst im Jahr 2012/2013 und dann wurde es ganz massiv bis 2016.

Herr Ramms: Wieviel BMZ? Wir hatten immer eine Vertreterin oder einen Vertreter des BMZ. Auch da gilt: Es hätte vielleicht einer mehr sein können, aber vielmehr hätte es auch nicht gebraucht. Die GIZ war ja vor Ort. Die KfW war vor Ort. Sie waren anfangs alle zu meiner Zeit, was sicherheitsmäßig schwierig war, immer noch draußen in der Stadt und nicht im PRT. Das kam erst später. Und das war sozusagen der verlängerte Arm auch der Kolleginnen und Kollegen aus dem BMZ. Mehr zentrale Steuerung der PRTs hätte ich mir nicht gewünscht. Ich hatte den Vorteil, dass ich einmal bei ISAF war, bevor ich nach Kunduz zurückgekehrt bin. Ich wusste, was ISAF für mich leisten kann und habe das abgerufen wenn es nötig war. Ich habe auch immer fleißig die ISAF-Weisungen gelesen und versucht umzusetzen. Ich habe aber etwas anderes beobachtet. Die allermeisten Kolleginnen und Kollegen, also PRT-zivile Leiter, hatten nicht das Privileg, mal bei ISAF gearbeitet zu haben. Da haben ganz viele nicht verstanden und gar nicht verstehen können, was ISAF für sie leisten kann und wo ISAF für sie wichtig ist, nämlich in der Vereinheitlichung der unterschiedlichen PRT-Ansätze, die wir gesehen haben im Land. Da hätte es die Notwendigkeit für eine Fortbildung sicherlich gegeben. Vielen Dank.



Der **Vorsitzende**: Wir müssen da auch einen Punkt machen, weil Frau Samar aus darum gebeten hat, jetzt das Wort zu bekommen, denn ich glaube, sie ist etwas unter Zeitdruck. Frau Samar, Sie haben gerne dann, wenn es so ist, auch für einen Abschlussstatement ihr Wort.

Dr. Sima Samar (ehemalige afghanische Frauenministerin): Vielen Dank, dass Sie dieses Programm anbieten. Ich war nur sechs Monate lang Frauenministerin, die ersten sechs Monate. Zwei Monate lang hatte ich kein Büro. Und als ich dann ein Büro bekam, war das aufgrund einer Menge Diplomatie. Denn das Gebäude, das ich wollte, war das der vorherigen Frauenvereinigung, und es war das des Ministeriums für soziale Angelegenheiten, und Ismail Khans Sohn war der Minister. Es war also nicht einfach, das Gebäude zu bekommen. Als ich das Gebäude bekam, wurde es zerstört, und es dauerte weitere zwei Monate, es zu reparieren. Und dann wurde ich abgesetzt, weil sie mich nicht wollten. Der Grund, warum sie mich nicht im Kabinett haben wollten, war, dass ich Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit forderte. Ja, die Frauen in Afghanistan wussten, dass es ein Ministerium gibt. Und ich wollte, dass das Ministerium wirklich stark ist, nicht nur als politischer Entscheidungsträger, sondern auch als Teil der Exekutive und sollte auch Exekutivbefugnisse haben. Als ich abgesetzt wurde, änderten sie die Politik und das Ministerium. Ich gründete und wechselte zur Unabhängigen Menschenrechtskommission Afghanistans. Als die Taliban kamen, haben sie als Erstes das Frauenministerium und dann die Unabhängige Menschenrechtskommission Afghanistans abgeschafft. Wir, die Menschenrechtskommission, haben mit unseren Kollegen, den PRT-Kollegen in Kunduz und auch in Badachschan, glaube ich, zusammengearbeitet. Aber ja, ich habe wirklich darauf bestanden den Botschafter anzurufen, damit er Geld für den Bau unseres Büros in Mazar-e-Sharif bereitstellt. Wir konnten es nicht bekommen. Aber das ist ein anderes Problem.

Aber abschließend möchte ich festhalten, dass Afghanistan nicht nur aus Männern mit langen Bärten, mit einem Gewehr und ihren Turbanen und Frauen mit blauer Burka besteht; Afghanistan hat auch gebildete, engagierte, gute Menschen. Bauen Sie also bitte auf diese Menschen. Der

zweite Punkt, den ich ansprechen wollte, ist, dass das Problem von Afghanistan nicht in Afghanistan bleiben wird. Es wirkt sich bereits auf die Region aus. Sie sehen die Dreistigkeit des Patriarchats in Afghanistan, Pakistan und Iran. Das kann man überall in diesem Land sehen, in dem ich lebe. Das wird Auswirkungen haben. Ich sage immer wieder, dass der Fall Afghanistan ein Versagen von uns allen war, ein Versagen aller Beteiligten und Akteure in Afghanistan. Wir sollten also mit diesen Schuldzuweisungen aufhören. Es ist gut, dass wir wirklich versuchen, Afghanistan als einen Fall zu verstehen und zu behandeln, um die Menschenwürde und die Menschlichkeit zu schützen, und auch die Frauen in Afghanistan und alle möglichen Menschen. Ich möchte an dieser Stelle aufhören. Vielen Dank. Es tut mir leid, dass ich nicht mehr Zeit habe. Es war wirklich eine Freude, an diesem Programm teilzunehmen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Samar, das war für uns alle sehr wertvoll und auch bewegend. Sie zu hören und insbesondere Ihr Schlusswort, glaube ich, ist sehr wichtig für uns, dass wir jenseits dessen, was wir natürlich untersuchen wollen in unserer Kommission, aber auch ein bisschen mehr sehen, wie das Land ist und wie die Menschen sind und dafür auch ein Verständnis entwickeln. Ein großes Dankeschön und weiterhin viel Erfolg für Ihr Engagement und Ihre Arbeit. Vielen Dank. Aber Herr Schütt, Sie haben noch das Wort für die Runde.

Bernd Schütt (Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr): Was soll ich jetzt noch sagen?

Der **Vorsitzende**: Sie könnten darauf verzichten.

Bernd Schütt (Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr): Dann tue ich das doch.

[Hinweis: Die Fragen des SV Egon Ramms (siehe oben) an Herrn Generalleutnant Schütt wurden im Nachhinein schriftlich beantwortet:

1. Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit bezüglich der Ausbildung der Afghanischen



Nationalen Armee, der afghanischen nationalen Polizei und der afghanischen Border Police?

Die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte (seinerzeit ANSF) steckte im Jahr 2006 in der Provinz Badachschan noch in den „Kinderschuh“. Das PRT verfügte über eine einstellige Zahl an DEU sowie über zwei kroatische Polizeibeamte. Die Polizisten nahmen in erster Linie eine beratende Funktion gegenüber dem Polizeichef der Provinz wahr, führten gemeinsam mit unseren Feldjägerkräften diverse „Grundlagenausbildungen“ sowohl für die afghanische Polizei (ANP) als auch der Grenzpolizei (ABP) in Faizabad durch, wirkten an der Einrichtung und der entsprechenden Ausbildung des Personals sowohl für das neu etablierte „Provincial Security Co-Operation Centre“ als auch die örtliche Polizeistation mit und beteiligten sich an der Erstellung des Lagebildes bezüglich der Sicherheitslage in der Provinz. Die afghanische Armee war zum Zeitpunkt meines Einsatzes als PRT-Kommandeur in der Provinz noch nicht präsent, so dass in diesem Bereich keine Zusammenarbeit erfolgen konnte.

2. In welcher Form arbeitete das deutsche PRT mit Vertretern des BMI zusammen?

Die Angehörigen des BMI waren Angehörige des PRT und nahmen an allen Besprechungen des Kontingents, einschließlich des täglichen Lagebriefings, teil und trugen regelmäßig zum Lagebild bei. Hinsichtlich der Ausbildungskooperation für die ANSF mit unseren Feldjägern verweise ich auf die vorherige Frage.

3. Welchem Ressort waren die verschiedenen zivilen Vertreter, einschließlich der Polizisten, jeweils zugeordnet?

Soweit ich mich erinnere waren die Ressorts im Camp wie folgt vertreten: Zwei Angehörige des deutschen AA, drei Polizisten des Innenministeriums sowie zwei weitere Polizeibeamte für die Nachrichtenlage. Hinzu kam ein Angehöriger des BMZ, der nicht dauerhaft im Camp vertreten war, ein kroatischer Diplomat, zwei Polizisten des kroatischen Innenministeriums, ein Vertreter USAID sowie ein Vertreter DANIDA.

4. Wie viele Vertreter des BMZ waren vor Ort?

Das BMZ hatte einen Vertreter in Faizabad, der im PRT nicht dauerhaft untergebracht war, die Führung des PRT aber regelmäßig kontaktierte, um sich sowohl bezüglich der der Sicherheitslage als auch laufender und möglicher Entwicklungsprojekte abzustimmen.]

Der **Vorsitzende**: Aber es gibt auch von Herrn Hunko eine Nachfrage.

Abg. **Andrej Hunko** (DIE.LINKE): Herr Vorsitzender ich muss etwas sagen, das ist keine Nachfrage. Das ist das erste Mal, dass ich hier zu Wort komme, dass meine Fraktion hier zu Wort kommt und ich finde, es geht nicht, dass das Zeitmanagement so ist, dass wir erst nach dem Ende des Ablaufes hier überhaupt zu Wort kommen. Ich möchte formal meinen Protest einreichen. Ich habe zwei Fragen. Erstens an Herrn Schütt: Der Verband der Nichtregierungsentwicklungsorganisation in Deutschland, VENRO, hat sowohl bei der Einrichtung der PRTs 2003, als auch bilanzierend 2009 sehr massive Kritik am Konzept der PRTs geäußert. Ich zitiere: „Die deutschen Nichtregierungsorganisationen haben das PRT-Konzept von Anfang an kritisiert, weil konzeptionell die Mandate von zivilen und militärischen Akteuren vermischt werden.“ Dadurch würde, Zitat, „massiv die Unabhängigkeit der humanitären Hilfe gefährdet“. Das wurde auch 2009 dann nochmal bilanzierend so festgestellt und auch die Warnung geäußert, dass dieses Konzept der zivilmilitärischen Kooperation auch in anderen Konflikten angewendet wird. Wie ist aus Ihrer Sicht heute rückblickend diese Kritik zu bewerten? Das wäre meine erste Frage. Und an Herrn Botschafter Nicolai: Im Juli 2010 hat Wikileaks die 75.000 Dokumente veröffentlicht, die sogenannten Afghan Papers oder War Diary. Der Guardian schrieb dazu damals, diese Dokumente seien, Zitat „a devastating portrait of the failing war in Afghanistan, revealing how coalition forces have killed hundreds of civilians



in unreported incidents“⁴. Das ist also der Verweis auch auf Kriegsverbrechen durch die Koalitionstruppen, die dann zum ersten Mal überhaupt dokumentiert wurden, und meine Frage ist: Wie ist Ihre Einschätzung des Effekts dieser Kriegsverbrechen, von westlicher Seite, auf letztlich das Scheitern des Einsatzes in Afghanistan? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank und Herr Lüders.

Abg. **Dr. Michael Lüders** (DIE LINKE.): Hat sich erledigt. Ich wollte Frau Samar noch zwei Fragen stellen.

Der **Vorsitzende**: Dann jetzt Herr Schütt.

Bernd Schütt (Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr): Also die Zusammenarbeit mit den NGOs war dadurch gekennzeichnet, dass sie zunächst bei unserem Eintreffen nicht vorhanden waren. Die gab es nicht. Die NGOs waren gerade ausgewandert. Weil es einen Anschlag gab auf die GTZ, der dazu geführt hatte, dass, ich glaube, 13 Nichtregierungsorganisationen im Dezember Faizabad verlassen haben. Sie sind dann irgendwann im Januar oder Februar zurückgekehrt. Das Verhältnis war zunächst nicht einfach. Es war ja auch keiner im PRT vorhanden, außer USAID. Und ich glaube das Entscheidende war, dass man sich kennenlernen, dass man miteinander spricht, dass man dann auch gemeinsam handelt und sich nicht auf die konzeptionellen Grundlagen bezieht. Und das war am Ende aus meiner Sicht, jedenfalls vor Ort, sehr erfolgreich. Begründet war das durch die Zusammenarbeit im Rahmen der damaligen Demonstrationen zu den Mohammed-Karikaturen, die dazu führten, dass eine große Menschenmenge sich aus Faizabad auf das PRT zu bewegte und wir vorher mit den NGOs, genauso wie mit den GOs vereinbart hatten, was wir in einem solchen Fall tun. Und dann sind alle ins PRT gekommen. Und das war da aus meiner Sicht, der Punkt, wo jeder in seinem Verantwortungsbereich und je nachdem was er kann, agiert. Wir haben nicht versucht, sie zu koordinieren, sondern wir haben uns besprochen. Und aus meiner Sicht hat das gut

funktioniert. Ich war dankbar, die Organisationen dort zu haben. Ich habe keine Kritik erlebt, die konträr wäre. Ich kenne das mit den konzeptionellen Vorbehalten, die wurden auch deutlich gemacht, auch seitens des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds. Als wir aber dann die Erdbebenhilfe geleistet haben und die Lawinenhilfe und wir die Hubschrauber dann aus Kabul bekamen, da ging das alles. Und am Ende, glaube ich, ist das keine konzeptionelle Frage, sondern tatsächlich eine Frage des Kennenlernens, des Vertrauens aus dem Kennenlernen heraus. Ich glaube, das ist auch eine der wesentlichen Vorteile, die wir aus dem PRT-Konzept gezogen haben, von dem wir heute noch zehren. Man kennt sich und man spricht miteinander.

Hermann Nicolai (Auswärtiges Amt): Zur ersten Frage fühle ich mich auch dazu bewegen etwas zu sagen. In unserem deutschen Ansatz überlassen wir die zivile Hilfe zum ganz großen Teil den Nichtregierungsorganisationen. Was wir als PRT geleistet haben, das war aber nicht humanitäre Hilfe, das war nicht unser Auftrag, das war nicht unser Selbstverständnis. Deshalb sehe ich da überhaupt keine Vermischung von Zivilem und Militärischem. Was die humanitäre Hilfe, das Feld der Nichtregierungsorganisationen angeht, Welt hungerhilfe, Ärzte ohne Grenzen waren vor Ort, eine ganze Reihe weiterer auch noch. Ich erinnere mich an die Kritik von VENRO. Ich erinnere mich auch daran, dass die Kollegen aus den NGOs vor Ort dann nicht unbedingt das immer in gleicher Vehemenz vorgetragen haben. Und ich erinnere mich auch, dass wir sehr bewusst auf die Trennung, die räumliche Trennung, auch was gemeinsame Treffen angeht, geachtet haben. Die Treffen haben stattgefunden, die haben aber immer sehr diskret stattgefunden. Da haben wir nicht gezeigt, dass die NGOs, die humanitäre Hilfe auch in Kunduz geleistet haben, viel Kontakt mit dem PRT hatten; das haben wir sehr bewusst respektiert und auch organisatorisch so eingerichtet, dass seitens der Afghanen keine große Nähe wahrgenommen werden konnte. Zur Frage der Kriegsverbrechen beziehungsweise der Afghan Papers: Da kann ich jetzt nur antworten als Bürger der den Spiegel liest. Da habe ich als ehemaliger

⁴ Übersetzung: ein verheerendes Porträt des scheiternden Krieges in Afghanistan, das enthüllt, wie die

Koalitionsstreitkräfte Hunderte von Zivilisten bei nicht gemeldeten Vorfällen getötet haben.



ziviler Leiter PRT Kunduz auch kein anderes Wissen oder auch keine andere Reaktion darauf. Selbstverständlich delegitimiert das zu einem gewissen Grade beziehungsweise wirft Fragen auf über die Absichten derjenigen, die hier zu uns ins Land kommen aus der Sicht eines Afghanen. Meine Hauptkontakte vor Ort waren mit der örtlichen Verwaltung oder auch sehr viel mit den religiösen Führern. Es gab auch verschiedene Reisen ins Land, wo ich dann aber immer eher die Familienoberhäupter getroffen habe als alle anderen. Das waren alles Leute, die haben das Radio gehört, die haben die Zeitung gelesen. Da war mein Eindruck immer, die können das so einordnen, dass die Deutschen nicht Amerikaner sind und die haben auch gehört, dass es auf amerikanische Seite dann Untersuchungen gegeben hat und dem auch nachgegangen worden ist.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, vielen Dank auch Ihnen, Herr Schütt, Herr Nicolai, für Ihre Er-

fahrung, Ihre Expertise, an denen Sie uns haben teilhaben lassen. Ein großes Dankeschön für Ihre Statements und auch Ihre Geduld.

Meine Damen und Herren, damit endet jetzt der öffentliche Teil unserer heutigen Enquete-Kommissionssitzung, also auch die Übertragung endet dann jetzt an dieser Stelle. Wir machen eine zehnmünütige Pause und kommen um viertel nach Drei zusammen zum nichtöffentlichen Teil, um dann über die weiteren Verfahrensschritte zu beraten. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 15:06 Uhr

Michael Müller, MdB

Vorsitzender



Öffentliche Anhörung am 27. Februar 2023

**zum Thema „Stabilisierungsphase und die Rolle der Bündnispartner 2002 bis 2008:
Zivil-militärische Stabilisierung – Operative Umsetzung und Wirkung“**

Leitfragen an die eingeladenen Sachverständigen:

Fragen an Botschafter Hermann Nicolai:

- Haben sich das Instrument und das Konzept der „Provincial Reconstruction Teams“ (PRT) als operativer Ausdruck einer zivil-militärischen Zusammenarbeit im Rahmen des vernetzten Ansatzes bewährt? Was waren die Erfolgsfaktoren oder die Gründe für ein Scheitern der PRTs?
- Welche Ableitungen kann man aus den Erfahrungen und dem Konzept der PRTs ziehen? Gibt es bessere Möglichkeiten für eine operative Umsetzung des vernetzten Ansatzes?
- Wie konnte die Wirkung der Arbeit der PRTs vor Ort festgestellt werden und war der dafür notwendige Ressourceneinsatz angemessen? Hat die Einrichtung von PRTs die Akzeptanz von NGOs erschwert und wie könnte das in Zukunft verhindert werden?

Fragen an Generalleutnant Bernd Schütt:

- Welche Erkenntnisse aus Ihrer damaligen Funktion als PRT-Kommandeur ziehen Sie aus Ihrem Einsatz in Afghanistan? Wie gut passten damals afghanische Realität und politischer Auftrag zusammen?
- Waren Kräfte, Fähigkeiten und Ressourcen zur Durchsetzung Ihres PRT-Auftrages damals angemessen und ausgewogen? Welche Wirkungen wurden erzielt? Wie hat sich die Sicherheitslage damals im Norden Afghanistans entwickelt und welche Rolle spielten die PRTs?
- Welche Hindernisse und Schwierigkeiten ergaben sich etwa bezüglich Lagebild, Kommunikation und Abstimmung sowie Kooperation zwischen den Ressorts sowie mit anderen lokalen und internationalen Akteuren, speziell den USA als Führungsmacht für die militärischen Operationen?
- Welche Lehren würden Sie für künftige zivil-militärische Stabilisierungsoperationen anregen, besonders für den deutschen Beitrag?

Fragen an Frau Sima Samar:

- Wie war die Menschenrechtslage in Afghanistan, besonders für Frauen, in den ersten Jahren der Regierung von Präsident Hamid Karzai? Welche Maßnahmen/Aktivitäten hat die afghanische Regierung in der damaligen Zeit zur Förderung des innerafghanischen Friedensprozesses unternommen und wie war die afghanische Zivilgesellschaft an diesem Prozess beteiligt? Wie haben Sie die Aktivitäten der Regierung Karzai zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zum damaligen Zeitpunkt eingeschätzt und wie schätzen Sie diese Maßnahmen für den innerafghanischen Friedensprozess heute ein?
- Wie haben sich in den Anfangsjahren der Regierung Karzai die Bemühungen der internationalen Akteure zur Unterstützung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit auf den innerafghanischen Friedensprozess ausgewirkt? Waren die internationalen Beiträge zur Stabilisierung und Friedensförderung an den Erwartungen sowie am Bedarf der Zivilbevölkerung orientiert und war die afghanische Zivilgesellschaft einbezogen? Welche Rolle hat Deutschland in dieser Zeit zur Unterstützung des innerafghanischen Friedensprozesses gespielt?
- Was waren die Herausforderungen der afghanischen, deutschen und internationalen Partner in den Anfangsjahren der Regierung Karzai? Welche Lehren sollte die internationale Gemeinschaft, speziell Deutschland aus dem Scheitern ihres Engagements in Afghanistan ziehen?